

Protokoll der

1. ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 19. Juni 2013

im Foyer des OZL

Anwesend

Mitglieder Gemeinderat

François Sandoz, Gemeindepräsident
Hans Jörg Känel
Rolf Gschwind
Max Kilcher

Protokoll

Nicole Künzi

Verwaltung

Paul Schoenenberger, Finanzverwalter

Technischer Dienst

Max Auer

Gäste

-

Presse

-

Abwesend

-

Dauer

19.30 – 22.45 Uhr

Eröffnung

François Sandoz eröffnet die Versammlung und begrüsst die Anwesenden zur Rechnungs-Gemeindeversammlung 2012. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig im Anzeiger erfolgt ist, in alle Haushalte verteilt wurde sowie die entsprechenden Unterlagen aufgelegt worden sind.

Er stellt die Mitglieder des Gemeinderates, Hans Jörg Känel und Rolf Gschwind und seine Wenigkeit vor. Ausserdem freut es ihn sehr, Max Kilcher, der seit Mitte Juni 2013 in den Gemeinderat gekommen ist, am heutigen Abend offiziell vorstellen zu dürfen. Er wünscht ihm viel Erfolg bei der Ausübung seines Amtes, worauf die Einwohnerinnen und Einwohner spontan applaudieren.

Weiter stellt er Max Auer vom Technischen Dienst und die Angestellten der Gemeindeverwaltung, Nicole Künzi (Gemeindeschreiberin) und Paul Schoenenberger (Finanzverwalter), vor.

1. Wahl der Stimmenzähler

François Sandoz kündigt die Wahl der Stimmenzähler an

F. Sandoz schlägt folgende Stimmenzähler vor:

Links: Alain Randin

Rechts inkl. GR-Tisch: Urs Bussmann

Da keine weiteren Vorschläge eingebracht werden, wird über die Wahl von Alain Randin und Urs Bussmann abgestimmt.

Er stellt fest, dass die Stimmenzähler gewählt sind.

Die Stimmenzähler zählen die Stimmberechtigten:

Es werden

Links: 16

Rechts: 18

Stimmberechtigte gezählt.

Es sind somit 34 Stimmberechtigte anwesend.

2. Genehmigung der Traktandenliste

François Sandoz schreitet nun zur Genehmigung der Traktandenliste über.

1. Wahl der Stimmenzähler
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 12.12.2012
3. Rechnung 2012
 - 3.1 Genehmigung Nachtragskredite 2012
 - 3.2 Genehmigung Rechnung 2012
4. Nachtragskredite laufende Rechnung 2013
5. Investitionskredit MZF Feuerwehr Egg
6. Genehmigung Schulvertrag Witterswil-Bättwil
7. Motion „Bahnübergang Brunnacker-Eichacker“
8. Orientierung Mutation Eichacker
9. Verschiedenes

François Sandoz fragt in die Runde, ob eine Traktandenänderung gewünscht wird.

Da keine Änderungen gewünscht werden, schreitet François Sandoz zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, der Traktandenliste zuzustimmen.

Die aufgezeigte Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2012

Das Protokoll vom 12. Dezember 2012 konnte während der Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung eingesehen und zusätzlich auf dem Internet www.baettwil.ch abgerufen werden.

Da es zum Protokoll keine Änderungen oder Anmerkungen gibt, wird sogleich zur Abstimmung geschritten.

Mit grossem Mehr, drei Enthaltungen und keiner Gegenstimme wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2012 genehmigt und an Nicole Künzi verdankt.

3. Rechnung 2012

Die Rechnung 2012 der Einheitsgemeinde Bättwil sowie der Erläuterungsbericht der RPK konnten bei der Gemeindeverwaltung bezogen resp. eingesehen werden. Die wesentlichen Unterlagen zur Rechnung 2012 konnten auch auf der Homepage der Gemeinde unter www.baettwil.ch herunter geladen werden.

François Sandoz kündigt die Präsentation der Rechnung 2012 an und gibt das Wort an Paul Schoenenberger, der die Folien zu den wesentlichen Merkmalen der Rechnung 2012 erläutert.

Laufende Rechnung:

		<u>Rechnung</u>	<u>Budget</u>
Ertrag	Fr.	7'113'590.36	6'221'436.00
Aufwand	Fr.	6'905'663.71	6'578'956.00
Überschuss	(-) Defizit / (+) Gewinn	+ 207'926.65	- 357'520.00

Die Laufende Rechnung schliesst somit wesentlich besser als erwartet mit einem Ertragsüberschuss anstelle des budgetierten Defizits ab. Die höheren Steuererträge bei natürlichen und juristischen Personen und ein Minderaufwand bei den Kosten für die Schulen haben die höheren Sozialausgaben und Steuerabschreibungen deutlich mehr als kompensiert. Insgesamt, vor Abzug der ausserordentlichen Abschreibungen von Fr. 90'336.85 und der Rückstellungen für Steuerabschreibungen von Fr. 100'000.-- sowie für die Sanierung des Kugelfangs von Fr. 60'000.--, verbesserte sich die Rechnung um Fr. 815'783.50 gegenüber Budget. Somit beträgt das Eigenkapital per Ende 2012 Fr. 453'952.56 (per 01.01.2009 hatten wir noch einen Bilanzfehlbetrag von Fr. 131'298.21).

Hier die wesentlichen Posten (gerundet), welche zu diesem positiven Ergebnis geführt haben:

<u>Erträge:</u>	Mehrertrag Gemeindesteuern natürliche Personen	Fr.	289'000.00
	Mehrertrag Gemeindesteuern juristische Personen	Fr.	471'000.00
	<u>Zwischensumme Mehrertrag:</u>	Fr.	<u>760'000.00</u>
<u>Ausgaben:</u>	Minderaufwand Allgemeine Verwaltung	Fr.	14'000.00
	Minderaufwand Schule (ZSL)	Fr.	152'000.00
	Minderaufwand Verkehr	Fr.	19'000.00
	<u>Zwischensumme Minderaufwand:</u>	Fr.	<u>185'000.00</u>
	Mehraufwand Gesundheit (Spitex)	Fr.	-26'000.00
	Mehraufwand Soziale Wohlfahrt (Sozialregion)	Fr.	-73'000.00
	Mehraufwand Vergütungszinsen und Zinsen SF	Fr.	-28'000.00
	<u>Zwischensumme Mehraufwand:</u>	Fr.	<u>-127'000.00</u>

Im Übrigen lagen die Einnahmen und Ausgaben weitgehend im Rahmen des Budgets. Detaillierte Angaben zu den einzelnen Abweichungen sind aus der vollständigen Rechnung zu entnehmen.

Bei der Investitionsrechnung sind keine wesentlichen Punkte hervorzuheben. Die Abweichungen zum Budget sind dadurch begründet, dass naturgemäss die Investitionskosten, welche projektbezogen sind, nicht immer in dem Jahr anfallen, wo sie budgetiert waren (Terminverschiebungen, Abrechnungszeitpunkt usw.), was ebenfalls für den Zeitpunkt und die Höhe der Subventionserträge gilt (Wasser). Erfreulich ist jedenfalls, dass die Kosten für die Sanierung der Hauptstrasse (inkl. Wasserleitung) bisher klar unter Budget liegen. Es wird mit einer Kostenreduktion von mehr als Fr. 300'000.-- gerechnet. Bei den Einnahmen können die Erträge aus Anschlussgebühren ebenfalls nur schwer abgeschätzt werden und es kommt immer zu entsprechenden Abweichungen. Erfreulich ist, dass die Investitionen durch die Summe von Abschreibungen und Rechnungsergebnis gedeckt werden konnten. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 116 %.

Die wesentlichen Abweichungen (gerundet) der Investitionsrechnung (ohne Wasser und Abwasser) sind:

<u>Ausgaben:</u>	Rechnung Velo-Unterstand BLT Haltestelle Bättwil	Fr.	+20'000.00
	Sanierung Hauptstrasse (Anteil Gemeinde)	Fr.	-96'000.00
	Verschiebung Ausbau Benkenstrasse (Planung)	Fr.	-17'000.00
	Verschiebung Eggweg Sanierung	Fr.	-69'000.00
	Diverse Strassensanierungen	Fr.	-12'000.00
	Verschiebung Hangsicherung Köppli	Fr.	-30'000.00
	Verzögerung Teilrevision Zonenplan	Fr.	-11'000.00
	Total	Fr.	-215'000.00
<u>Einnahmen:</u>	Diverse Beiträge	Fr.	+10'000.00
	Total	Fr.	+10'000.00

Zu den Nachtragskrediten ist folgendes zu erwähnen: Die Summe der Nachtragskredite bei den budgetierten und nicht budgetierten Ausgaben ist höher als die Kompetenz des Gemeinderates. Diese müssen somit durch die Gemeindeversammlung genehmigt werden. Die wesentlichen Abweichungen sind auf Veränderungen, welche nach der Budgeterstellung bekannt wurden, zurückzuführen und / oder vom Gemeinderat nicht beeinflussbar wie beispielsweise die Schulgelder, Pflegekosten, Sozialregion Dorneck, kantonaler Lastenausgleich, Steuerabschreibungen und die Kosten für vormundschaftliche Massnahmen. Demgegenüber stehen Minderaufwendungen in der laufenden Rechnung von Fr. 436'683.68

Paul Schoenenberger legt eine Liste auf, auf der sämtliche Nachtragskredite aufgeführt sind:

Laufende Rechnung

		Ist 2012	B 2012	Kreditüberschreitungen
020.301.00	Besoldungen	178'179.30	164'000.00	14'179.30
020.365.01	Externe Finanzberatung	47'665.65	42'000.00	5'665.65
027.352.00	Bauverwaltung	41'852.65	35'000.00	6'852.65
220.352.00	Schulgelder	80'500.00	48'000.00	32'500.00
440.365.00	Beitrag an Spitex-Verein	87'016.00	60'000.00	27'016.00
540.390.00	Interne Verrechnungen TD	6'181.90	-	6'181.90
570.362.00	Pflegekosten	192'680.20	100'000.00	92'680.20
580.364.03	Sozialregion Dorneck	526'603.80	465'000.00	61'603.80
580.365.04	Vormundschaftl. Massnahmen	17'547.15	-	17'547.15
582.366.01	Aufwand Asylanten	115'140.95	106'600.00	8'540.95
620.301.00	Besoldungen	214'597.35	200'000.00	14'597.35
620.390.02	Vergütungszinsen	5'087.70	-	5'087.70

19. Juni 2013

701.331.00	VV ordentliche Abschreibungen	56'098.85	50'000.00	6'098.85
711.380.01	Einlage in Fonds Wert-erhalt	41'043.00	26'000.00	15'043.00
721.390.00	Interne Verrechnungen TD	14'700.00	10'000.00	4'700.00
740.390.00	Interne Verrechnungen TD	14'780.00	10'000.00	4'780.00
780.390.00	Interne Verrechnungen TD	20'040.00	16'000.00	4'040.00
900.330.00	Abschreibungen Steu-erguthaben	148'358.45	30'000.00	118'358.45
940.320.00	Vergütungszinsen	14'287.50	2'000.00	12'287.50
940.390.00	Abschreibung Finanz- vermögen	6'385.85	-	6'385.85
940.390.00	Verr. Zins SF Wasser	35'760.00	27'000.00	8'760.00
993.330.00	Ordentliche Abschreibung	405'300.00	390'000.00	15'300.00
			Zwischentotal	488'206.30
			Kreditüberschreitungen unter Fr. 4'000.00	64'547.66
			Zwischentotal	552'753.96
			In Kompetenz des Gemeinderates	-150'000.00
			Von der GV zu beschliessende Nachtragskredite	402'753.96

Nachtragskredite IR

610.501.08	Velo-Unterstand	20'000.00	-	20'000.00
620.501.35	Strassensammler	6'010.45	-	6'010.45
701.501.36	Ersatz WL Hauptstrasse	396'012.85	355'000.00	41'012.85
740.501.04	Grabfeldumrandungen, etc.	28'097.20	25'000.00	3'097.20
			In Kompetenz des GR	-50'000.00
			Von der GV zu beschliessende Nachtragskredite	20'120.50

François Sandoz bittet nun Carlo Andreatta, den Präsidenten der RPK, den Bericht vorzulesen.

Carlo Andreatta ist sehr erfreut über die Rechnungsführung und möchte sich auch bei der Gemeindeverwaltung für die Zusammenarbeit bedanken.
Er fragt, ob die Versammlung wünscht, dass er den ganzen Bericht vorliest. Da dies nicht der Fall ist, liest er nur den wichtigsten Abschnitt des Bestätigungsberichtes vor:

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet. Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung der kantonalen Gesetzgebung und der Gemeindeordnung. Wir beantragen der Gemeindeversammlung, die Jahresrechnung 2012, abschliessend mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 207'926.65 zu genehmigen.

Da keine Fragen zum RPK-Bericht gestellt werden, schlägt François Sandoz vor, dass auf die Lesung der Hauptpositionen der Rechnung verzichtet wird und wir direkt zur Genehmigung der Rechnung schreiten. Die Versammlung ist damit einverstanden. Ausserdem möchte er an dieser Stelle auch noch der Rechnungsprüfungskommission, Paul Schoenenberger wie auch den Angestellten der Verwaltung für die geleistete Arbeit danken.

Falls es allfällige Fragen gibt, dürfen die jetzt gerne gestellt werden.

Urs Bussmann möchte wissen, weshalb erstmals eine Ferienabgrenzung bei den Verwaltungsangestellten und dem Technischen Dienst vorgenommen wurde?

Paul Schoenenberger erklärt, dass es sich hierbei um einen Wunsch der RPK gehandelt hat, dem wir nachgekommen sind. Dabei handelt es sich um einen einmaligen Aufwand für eine Rückstellung, welche sich in den nächsten Jahren, aufgrund dessen, dass regelmässig Ferien und Überstunden eingezogen werden, einpendeln wird. Die Berechnung ergibt sich aus dem Stundenansatz der jeweiligen Mitarbeiterin / Mitarbeiter + 16 % Zuschlag für die Lohnnebenkosten.

François Sandoz möchte noch erwähnen, dass es zum einen der Wunsch der RPK war. Zum anderen wurde diese Ferienabgrenzung aber auch vorgenommen, weil eine Situation wie damals bei der Kündigung der ehemaligen Gemeindeverwalterin, die noch sehr viele angesparte Ferien hatte, die sie zum Teil bezogen, ihr aber teilweise auch ausbezahlt werden mussten, künftig verhindert werden soll.

Urs Bussmann geht noch kurz auf die Nachtragskredite ein. Ihm fällt auf, dass oftmals, wie zum Beispiel beim Finanzverwalter, zu tief budgetiert wurde. Er ist erstaunt darüber, dass die Kosten nun so viel höher sind als budgetiert, obwohl wir doch wissen, was die Arbeiten von Paul Schoenenberger sind. Daher möchte er wissen, weshalb die Kosten gestiegen sind?

François Sandoz findet diese Frage durchaus berechtigt und sagt, dass es unser Anliegen sein muss, künftig besser zu budgetieren. Beim Beispiel des Finanzverwalters wussten wir aber einfach nicht, mit wie viel Aufwand diese Arbeit verbunden ist, da beim budgetieren noch keine Erfahrung für das ganze Jahr vorhanden war.

Yvonne Kilcher möchte erwähnen, dass die Kosten im Vergleich zu dem, was Paul Schoenenberger für die Gemeinde leistet, sehr minim sind. Von ihr aus muss auch nicht darüber diskutiert, sondern das Gesamtbild angeschaut werden, das doch ein sehr gutes Ergebnis vorweist.

Urs Bussmann denkt aber auch an die Zukunft, wo wir sicherlich nicht immer so gute Steuereinnahmen haben werden wie jetzt und fragt sich daher, ob alles so „teuer“ sein muss und ob nicht möglicherweise mehr Aufgaben an die Gemeindeangestellten übertragen werden können.

Laut François Sandoz sind diese Anliegen berechtigt. Er möchte aber auch in Erinnerung rufen, dass in den letzten beiden Jahren vieles gemacht und verbessert wurde. Es ist aber sicher nicht Sinn der Sache, grosszügigere Budgets zu machen, nur damit es gar keine Überschreitungen mehr gibt.

Martin Portmann möchte wissen, ob alle Gemeinden so hohe Beiträge an die Sozialregion Dorneck bezahlen müssen?

François Sandoz sagt, dass diese Kosten aus zwei Teilen bestehen. Zum einen gibt es die Sozialadministration, worunter unter anderem die Kosten für die Mitarbeiter fallen. Diese werden nach Anzahl der Sozialhilfe-Dossiers verteilt. Dann gibt es aber noch die Kosten für die Sozialhilfeempfänger selbst. Diese Kosten werden ebenfalls von der Sozialregion Dorneck bezahlt und anschliessend dem Kanton gemeldet. Die gesamten Sozialhilfekosten im Kanton werden dann nach Anzahl Einwohnern wieder gleichmässig verteilt. Konkret heisst dies, dass der grösste Teil der Kosten nach der Einwohnerzahl verteilt wird und somit alle Gemeinden gleich viel pro Einwohner bezahlen. Die Sozialhilfe-Kosten steigen jährlich aufgrund der Teuerung und der Tatsache, dass es immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner gibt, die Sozialhilfe beziehen. Dagegen können wir als Gemeinde aber nichts unternehmen.

Urs Bussmann hat noch eine Frage zum gebildeten Delkredere. Im 2012 sollen Rückstellungen von Fr. 148'000.-- gebildet werden, im RPK-Bericht ist aber von Fr. 213'000.-- zu lesen. Er möchte nun wissen, ob die Kosten nicht zwingend angepasst werden müssen oder wie diese strukturiert sind.

Paul Schoenenberger sagt, dass die jetzigen Fr. 100'000.-- nicht ganz der Meinung der RPK entsprechen. Er versuchte aber ein vertretbares Mittelmass zu finden.

Carlo Andreatta sagt, dass es sich hierbei immer um Annahmen handelt. Die entsprechenden Listen von Paul Schoenenberger wurden überprüft und wenn wir sehr pessimistisch wären, hätten wir Fr. 213'000.-- aufnehmen müssen. Die RPK geht aber davon aus, dass gewisse Beträge noch eingehen werden.

Urs Bussmann möchte den Antrag stellen, dass Fr. 213'000.-- als Rückstellungen im Sinne des Vorsichtsmassnahmenprinzipes gebildet werden.

François Sandoz meint, dass die Höhe des Delkrederes auf 5 % des steuerbaren Einkommens begrenzt ist, was mit Fr. 213'000.-- zu hoch wäre.

Urs Bussmann geht auch noch auf die Spitex-Rechnung in der Höhe von Fr. 87'000.-- ein und sagt, dass allem Anschein nach noch über einen gewissen Betrag diskutiert wird. Er fragt sich daher, ob es richtig ist, wenn diese auf ein Aufwandkonto gebucht werden und möchte wissen, wo die Gegenbuchung ist?

Paul Schoenenberger erklärt, dass uns Fr. 35'000.-- für den Spitex-Verein belastet wurden, die Wahrscheinlichkeit, dass wir allerdings den gesamten Betrag bezahlen müssen, gross ist. Die Gegenbuchung wurde transitorisch passiv gebucht.

François Sandoz möchte über den Antrag von Urs Bussmann abstimmen. Er fragt die Versammlung, ob die Rückstellungen auf Fr. 213'000.-- erhöht werden sollen.

Paul Schoeneberger würde darauf verzichten, zusätzliche Wertberichtigungen zu machen, da in besagten Listen auch provisorische Rechnungen vom 2012 aufgeführt sind. Da diese nicht gemahnt / betrieben werden können, solange sie nicht definitiv veranlagt wurden, hat er die Summe von Fr. 148'000.-- aufgeführt.

François Sandoz teilt die Meinung von Paul Schoenenberger und empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Yvonne Kilcher fragt, ob in den Fr. 213'000.-- auch die Beträge der noch nicht bezahlten Steuerbeträge von 2012 aufgeführt sind?

Carlo Andreatta sagt, dass es sich um die Steuerforderungen der Jahre 2007 – 2010 handelt, nicht aber um die provisorischen Veranlagungen von 2012.

Max Kilcher möchte erwähnen, dass egal wie hoch die Rückstellungen sind, wir schlussendlich nicht mehr Geld zur Verfügung haben. Ausserdem ist die RPK mit dem Vorschlag von Paul Schoenenberger einverstanden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt François Sandoz nun über den Antrag von Urs Bussmann abstimmen.

Die Versammlung lehnt die Erhöhung der Rückstellungen von Fr. 148'000.-- auf Fr. 213'000.-- mit 18 Nein-, einer Ja-Stimme und 15 Enthaltungen ab.

Urs Bussmann möchte dem Gemeinderat dafür danken, was sie für die Gemeinde Bättwil geleistet haben. Ausserdem dankt er Hans Jörg Känel, dem abtretenden Gemeinderat, dafür, dass dieser stets die Kosten im Auge behalten hat und manchen manchmal auf die Füsse getreten ist, so dass zusätzliche Einsparungen getätigt werden konnten.

François Sandoz legt die Zusammenfassung der Investitionsrechnung vor:

			<u>Rechnung</u>	<u>Budget</u>
Verwaltungsvermögen:	Ausgaben	Fr.	360'272.70	568'700.00
	Einnahmen	Fr.	9'835.85	0.00
	Ausgabenüberschuss	Fr.	350'436.85	568'700.00
Wasser (Spez. Finanz.):	Ausgaben	Fr.	396'012.85	385'000.00
	Einnahmen	Fr.	48'614.00	142'000.00
	Ausgabenüberschuss	Fr.	347'398.85	243'000.00
Abwasser (Spez. Finanz.):	Ausgaben	Fr.	0.00	0.00
	Einnahmen	Fr.	40'865.00	75'000.00
	Ausgabenüberschuss	Fr.	-40'865.00	-75'000.00

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Investitionsrechnung 2012 zu genehmigen.

Die Gemeindeversammlung stimmt der Investitionsrechnung 2012 einstimmig zu.

François Sandoz legt eine Zusammenfassung der Nachtragskredite der laufenden Rechnung vor:



Genehmigung Nachtragskredite 2012

Die Summe der Nachtragskredite der laufenden Rechnung beträgt:

Fr. 552'753.96

Abzüglich in Kompetenz GR:

Fr. 150'000.00

Fr. 402'753.96

(Bei Kreditunterschreitungen von Fr. 436'683.68)

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Nachtragskredite der laufenden Rechnung 2012 zu genehmigen.

Die Gemeindeversammlung stimmt der Genehmigung der Nachtragskredite mit grossem Mehr, einer Enthaltung und keiner Gegenstimme zu.

François Sandoz legt die Zusammenfassung der laufenden Rechnung 2012 vor:

		<u>Rechnung</u>	<u>Budget</u>
Ertrag	Fr.	7'113'590.36	6'221'436.00
Aufwand	Fr.	<u>6'905'663.71</u>	<u>6'578'956.00</u>
Überschuss (-) Defizit / (+) Gewinn	Fr.	+ 207'926.65	- 357'520.00

Inkl. zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 90'336.85 und Rückstellungen von Fr. 60'000.00 für Vorfinanzierung der Sanierung des Kugelfanges vom früheren Schiessstand.

Urs Bussmann möchte wissen, um was es sich bei der Vorfinanzierung für die Sanierung des Kugelfanges vom früheren Schiessstand handelt?

François Sandoz erklärt, dass damit der Zielbereich vom Schiessstand gemeint ist.

Hans Jörg Känel ergänzt noch, dass der Wall bis im 2017 zurück gebaut werden muss. Da es sich dabei um Sondermüll handelt, sind die Kosten so hoch. Ein Teil dieser Kosten wird aber vom Bund subventioniert, die pro Zielscheibe rund Fr. 8'000.-- zahlen, was bei unseren 8 Scheiben rund Fr. 64'000.-- entspricht.

François Sandoz sagt noch, dass wir ursprünglich „nur“ Fr. 30'000.-- zurückstellen wollten, aufgrund des guten Ergebnisses aber beschlossen haben, diese auf Fr. 60'000.-- zu erhöhen.

Walter Brunner möchte wissen, wo dieser Sondermüll dann deponiert wird? Da dies seiner Meinung nach unklar ist, spricht er sich klar dagegen aus, dass Rückstellungen in dieser Höhe gebildet werden für etwas, das lediglich von A nach B transportiert wird. Er kann erst zustimmen, wenn er diesbezüglich eine detaillierte Auskunft bekommen hat und weiss, wie diese Sanierung genau abläuft. Ausserdem weiss er, dass es Pflanzen gibt, die Blei in der Erde abbauen können.

Hans Jörg Känel weiss auch nicht, wie diese Sanierung technisch umgesetzt wird, da er das Entsorgungskonzept nicht kennt. Diese Rückstellungen wurden aber bereits jetzt gebildet, nicht dass wir auf einmal den gesamten Betrag bezahlen müssen. Ausserdem muss diese Sanierung bis im 2017 vorgenommen werden, da der Bund später keine Subventionen mehr tätigt.

François Sandoz möchte darauf hinweisen, dass es heute lediglich darum geht, ein Teil der Kosten für diese Sanierung zurückzustellen. Dieses wird aber noch nicht ausgegeben. Der Gemeinderat wird zu gegebener Zeit der Gemeindeversammlung einen Kredit beantragen, an der dann möglicherweise auch ein Spezialist teilnehmen wird.

Evelyne Röther sagt, dass es viele Unternehmen gibt, die diese Kosten einmal schätzen könnten.

Laut François Sandoz wurden die Kosten anhand der m³ geschätzt.

Wenn es möglich ist, den Hügel mit Pflanzen zu bepflanzen, die das Blei abbauen, spricht sich Alfred Gschwind dafür aus, dass diese Möglichkeit geprüft wird.

Paul Schoenenberger ergreift das Wort und sagt, dass wir heute die Möglichkeit haben, eine Vorfinanzierung zu tätigen. Das heisst aber noch nicht, dass wir es auch ausgeben müssen.

19. Juni 2013

Für eine Vorfinanzierung gibt es keine Präjudiz und sie löst sich nach 5 Jahren automatisch auf, wenn das Geld nicht ausgegeben wird.

Karl Doppler möchte wissen, wie diese Sanierungen in anderen Gemeinden gehandhabt werden?

François Sandoz kann diese Frage leider nicht beantworten.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, der Rechnung 2012 inkl. der zusätzlichen Abschreibungen und der Rückstellung für den Kugelfang wie vorgelegt zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt der Rechnung 2012 inkl. der zusätzlichen Abschreibungen und der Rückstellung für den Kugelfang mit grossem Mehr, einer Enthaltung bei keiner Gegenstimme zu.

4. Nachtragskredite laufende Rechnung 2013

Laut François Sandoz ist an der Fassade des Bättwiler Anbaus vom Schulhaus Witterswil aufgrund von zu kurzen Wetterschenkeln Wasser in die Leibungen eingedrungen, was zu lokalen Feuchtigkeitsschäden geführt hat.

Diese wurden in Zusammenhang mit der Erneuerung der Fassade des Witterswiler Teils entdeckt. Um grössere Schäden zu verhindern, muss nun die Fassade vor dem Winter saniert werden. Die Kosten für diese Arbeiten betragen gemäss eingeholten Offerten ca. Fr. 20'000.--. Da dieser Schaden auf eine schlechte Arbeitsführung zurückzuführen ist, hat die BuK, die Betriebs- und Unterhaltskommission, abgeklärt, ob möglicherweise der Bauherr für diesen Schaden haftbar gemacht werden kann, was aber leider nicht mehr möglich ist, da diese Arbeiten bereits 12 Jahre zurückliegen.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

Urs Bussmann fragt, ob und wie viel von den Fr. 20'000.-- von Witterswil übernommen wird?

François Sandoz sagt, dass die Kosten über den Schulkreis abgerechnet werden.

Urs Möschli findet es gut, dass abgeklärt wurde, ob der Bauherr haftbar gemacht werden kann. Somit ist die rechtliche Seite geklärt. Er ist aber der Meinung, dass trotzdem mit dem Unternehmer gesprochen werden soll, um zu klären, ob er trotzdem möglicherweise bereit wäre, sich an der Sanierung zu beteiligen.

François Sandoz glaubt, dass dies nicht gemacht wurde. Er wird aber den Präsidenten der BuK, Herr Adrian Busslinger, damit beauftragen, dies zu probieren.

François Sandoz schliesst die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, dem Zusatzkredit für die Reparatur der Fassade am Schulhaus in Witterswil in der Höhe von Fr. 20'000.- zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt dem Zusatzkredit für die Reparatur der Fassade am Schulhaus in Witterswil in der Höhe von Fr. 20'000.-- einstimmig zu.

5. Genehmigung Investitionskredit MZF Feuerwehr Egg

François Sandoz gibt das Wort an Simon Schüpbach, den Kommandanten des Feuerwehrverbundes Egg. Dieser möchte zuerst Christian Hallwyl, den neuen Kdt.-Stellvertreter, vorstellen und bedankt sich beim Gemeinderat, dass er die Möglichkeit erhalten hat, kurz über die Feuerwehr und das neue Mehrzweckfahrzeug zu informieren.

Tatsache ist, dass die Bestände in der Feuerwehr (Kader und Offiziere) kleiner geworden und weiterhin rückläufig sind. Weiter sind während der Arbeitszeit nur wenig Angehörige der Feuerwehr im Dorf und es ist eine Modernisierung zur Unterstützung im Ersteinsatz, in der sogenannten Chaosphase, nötig.

Simon Schüpbach verweist auf die Internetseite der Feuerwehr Koordination Schweiz und auf das neue Regelwerk „Feuerwehr 2015“, das Ziele, Aufgaben und Standards umfasst, damit auch künftig die Hilfeleistungen zum Schutz der Bevölkerung durch die Feuerwehr sichergestellt sind. Die Konzeption enthält zehn Grundsätze für die Organisation der Feuerwehren, wobei der erste Grundsatz der wichtigste ist: „Kernaufgabe der Feuerwehren ist die Intervention bei Bränden, Naturereignissen, Explosionen, Einstürzen, Unfällen oder ABC-Ereignissen zum Schutz von Mensch, Tier, Umwelt und Sachwerten“. Weiter basiert das heutige Feuerwehrwesen auf dem Milizsystem und die Dienstpflicht soll angesichts der unterschiedlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten weiterhin kantonal geregelt werden.

Für Rettungs- und Brandeinsätze sind Richtzeiten einzuhalten. Das Ersteinsatzelement der Feuerwehr trifft innerhalb 10 Minuten nach Eingang der Alarmierung bei den aufgebotenen Feuerwehrereinsatzkräften an der Einsatzstelle ein. Die personelle und materielle Ausstattung des Ersteinsatzelementes ergibt sich aus dem Einsatzauftrag, umfasst in der Regel aber 8 AdF mit der erforderlichen Ausstattung. Das Fazit ist daher, dass die Aufgaben immer anspruchsvoller werden und es dafür eine zweckmässige Ausrüstung benötigt.

Auch gibt es eine regionale Zusammenarbeit unter den Feuerwehren im hinteren Leimental. Das heisst, dass sicher 1x pro Jahr eine gemeinsame Besprechung innerhalb des Kommandos stattfindet sowie, wenn möglich, Ausbildungen teilweise gemeinsam wahrgenommen werden und es zu gemeinsamen Übungen wie auch Einsätzen kommt.

Simon Schüpbach gibt das Wort an Christian Hallwyl, der sogleich auf das Mehrzweckfahrzeug zu sprechen kommt:

Der Feuerwehrverbund Egg hat einen 10-Jahres Beschaffungsplan ausgearbeitet, der bereits seit längerem vorsieht, dass im 2014 ein neues MZF angeschafft werden soll. Aufgrund dessen hat die Feuerwehrkommission ein Pflichtenheft für das neue Fahrzeug ausgearbeitet, das folgende Punkte beinhaltet:

- MZF gemäss den Vorgaben der SGV (Kommandoakten)
- Ausschreibung im Einladungsverfahren
- vorgegebener Terminplan
- Immatriculation mit blauen Kontrollschildern
- Lieferung bis spätestens Ende März 2014
- Allfällige Abweichungen zum Pflichtenheft sind klar auszuweisen
- Die Zahlungsmodalitäten müssen im Rahmen der Entscheide der beiden Gemeindeversammlungen geregelt werden können.
- Die eine Gemeinde wird rund 50 % im 2013 finanzieren und die andere Gemeinde 50 % im 2014.

Das jetzige MZF mit dem Namen „Schnufi“ ist mit seinen 32 Jahren ein Oldtimer, was sich unter anderem auch dann zeigt, wenn es während Einsätzen / Übungen zu Ausfällen kommt. Das Fahrzeug ist schwierig zu fahren und verfügt über eine sehr alte Fahrzeugtechnik (Bedienung), es ist unpraktisch (gross, aber wenig Nutz-Inhalt), ein unsicherer Betrieb und es mussten in den letzten Jahren diverse Reparaturen vorgenommen werden.

Das neue MZF stellt einen Materialtransport mit Rollcontainern sicher. Diese können sowohl für die Ölwehr, Elementar, Wasserwehr und technische Hilfeleistung verwendet werden.

Zusammenfassend hat die Feuerwehrkommission im Januar 2013 die Pflichtenhefte für das neue Mehrzweckfahrzeug fertig gestellt und im Februar 2013 gemäss Evaluationsverfahren vier mögliche Lieferanten angeschrieben mit der Bitte, bis im März 2013 Offerten gemäss Pflichtenheft einzureichen. Im April bis Mai 2013 wurden die Offerten anhand einer Liste ausgewertet. Aufgrund dessen hat die Feuerwehrkommission den Feuerwehrrat über die Fortschritte informiert und ihn gebeten, einen entsprechenden Antrag für die Beschaffung eines neuen MZF sowie die Vergabe an die Feumotech AG, die das kostengünstigste Angebot über Fr. 192'000.-- eingereicht hat, an die Gemeinden zu stellen. Wird nun noch an der Gemeindeversammlung der Kredit genehmigt, könnte die Bestellung getätigt werden, so dass das Fahrzeug dann im März 2014 ausgeliefert werden kann.

Simon Schüpbach möchte abschliessend noch erwähnen, dass sowohl die Feuerwehrkommission als auch der Feuerwehrrat empfehlen, diesen Kredit für das neue MZF zu genehmigen und die Gemeindeversammlung in Witterswil diesem bereits einstimmig zugestimmt hat. Würden wir diesem auch noch zustimmen, könnten wir der Feuerwehr eine riesige Freude machen.

François Sandoz bedankt sich recht herzlich bei Simon Schüpbach und Christian Hallwyler für die sehr informative Präsentation und fragt die Versammlung sogleich, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

Da keine Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz zur Abstimmung über.

Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung des Investitionskredites für die Beschaffung eines Mehrzweckfahrzeuges für den Feuerwehrverbund Egg mit Bruttokosten von Fr. 195'000.-- (Nettokosten für Bättwil ca. Fr. 62'000.--) zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung beschliesst einstimmig, dass dem Investitionskredit für die Beschaffung eines Mehrzweckfahrzeuges für den Feuerwehrverbund Egg mit Bruttokosten von Fr. 195'000.-- (Nettokosten für Bättwil ca. Fr. 62'000.--) zugestimmt wird.

6. Genehmigung Schulvertrag Witterswil – Bättwil

François Sandoz sagt, dass die Gemeinden Bättwil und Witterswil seit vielen Jahren einen Schulkreis für Primarschule und Kindergarten zusammen führen. Dafür wurde eine "Vertragliche Übereinkunft" (Schulkreis-Abkommen) zwischen den Gemeinden abgeschlossen. Darin wurden alle Modalitäten für die gemeinsame Führung des Schulkreises festgelegt und durch das Departement für Bildung und Kultur jeweils geprüft und genehmigt.

Nach dem Zusammenschluss aller Stufen der Volksschule aller 5 Gemeinden des Hinteren Leimentals in den Zweckverband "Schulen Leimental" war es für Bättwil und Witterswil nötig, den Vertrag zur Führung des Schulkreises diesen neuen Gegebenheiten anzupassen.

Zu diesem Zweck wurde ein neuer Zusammenarbeitsvertrag erstellt, welchem durch beide Gemeinderäte zugestimmt wurde.

Dieser Vertrag regelt nur noch die Aufgaben und Verantwortungen für die zur Verfügungstellung und die Instandhaltung der benötigten Schulinfrastrukturen (sofern diese nicht durch die ZSL getragen werden) sowie die entsprechende Kostenaufteilung. Die bisherigen diesbezüglichen Regelungen wurden aus dem bisherigen Schulkreisabkommen übernommen und lediglich in bestimmten Bereichen präzisiert. Durch den neuen Vertrag entstehen weder neue Verpflichtungen, noch eine veränderte Kostenaufteilung unter den Gemeinden.

Da der Vertrag nichts mehr direkt mit dem Schulbetrieb zu tun hat, ist eine Genehmigung durch das DBK, nach entsprechender Rückfrage in Solothurn, nicht mehr erforderlich.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob der Schulvertrag durchgelesen werden soll?

Da dies nicht gewünscht wird und auch keine Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz sogleich zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, dem angepassten Schulvertrag wie aufgelegt zustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt dem angepassten Schulvertrag einstimmig zu.

8. Motion „Bahnübergang Brunnacker – Eichacker“

François Sandoz erläutert die von Alexander Geigy eingereichte Motion und die Bedeutung der Erheblichkeitserklärung.

Herr Alexander Geigy hat eine Motion, welche die Realisierung eines Bahnüberganges für Fussgänger und Velo zwischen dem Brunnacker- und dem Eichacker-Quartier verlangt, eingereicht. Dieser Übergang wäre zwischen Nussweg, auf Höhe des Eichenwegleins und Im Brunnacker, vorgesehen. Der Motionstext resp. die Begründung für den Vorstoss von Herrn Geigy konnte auf der Homepage der Gemeinde heruntergeladen oder bei der Verwaltung bezogen werden.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass diese Idee zwar interessant ist, jedoch der Nutzen nicht im Verhältnis zu den Realisierungskosten steht. Ob eine spätere Entwicklung der Gemeinde in diesem Bereich einen Bahnübergang rechtfertigen kann, ist zurzeit offen. Da zudem eine allfällige Umsetzung nicht allein von der Gemeinde abhängig ist, sondern auch die Zustimmung der BLT sowie von den zuständigen Ämtern benötigt, soll die Motion als nicht erheblich erklärt werden. Wird diese als nicht erheblich erklärt, entscheidet der Gemeinderat, ob und allenfalls wann darauf eingegangen wird.

Da ein solcher Bahnübergang nicht nur Sache der Gemeinde ist, hat Hans Jörg Känel mit Herrn Rotzler von der BLT Kontakt aufgenommen und möchte nun dessen Stellungnahme erläutern:

- Die BLT untersteht als konzessionierte Schmalspurbahn der Eisenbahngesetzgebung und dem Bundesamt für Verkehr
- Bis Ende 2014 werden landesweit sehr grosse Anstrengungen unternommen, um sämtliche Bahnübergänge in der Schweiz aufzuheben oder abzusichern.
- Gemäss Eisenbahngesetz dürfen keine neuen höhengleichen Kreuzungen zwischen Schiene und Strasse erstellt werden. Diese müssen als Unter- oder Überführung realisiert werden.
- Die Bauarbeiten für den Doppelspurausbau Ettingen-Flüh haben am 3. Juni 2013 begonnen. Das Ausführungsprojekt ist abgeschlossen und in den nächsten Wochen werden entlang dem Nussweg Werkleitungen verlegt und die neue Stützmauer erstellt.
- Eine Neuplanung einer Unter- oder Überführung in diesem Bereich müsste unabhängig vom Doppelspurausbau erfolgen und als separates Projekt bearbeitet werden.
- Die Kosten für eine neue Unter- oder Überführung müssten nach dem Verursacherprinzip durch die Gemeinde getragen werden, können aber noch nicht abgeschätzt werden.
- Es besteht bereits eine sichere Verbindung vom Brunnacker via Trottoir der Witterswilerstrasse über den mit Schranken gesicherten Bahnübergang Witterswilerstrasse.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird mit einer Enthaltungen und grossem Mehr auf das Geschäft eingetreten.

Dominik Varni ist diesbezüglich geteilter Meinung. Er selber wohnt im Brunnacker und wenn er ins Eichacker möchte, geht er direkt über das Tramgeleis. Bezüglich der Kosten kann er sagen, dass er einen Bekannten hat, der an einem solchen Projekt arbeitet, das rund eine Million Franken kostet.

Yvonne Kilcher sieht selber auch immer wieder Personen, die über das Trasse gehen. Da dies nicht ganz ungefährlich ist, möchte sie wissen, ob nach dem Doppelspurausbau ein Zaun erstellt wird?

Hans Jörg Känel bejaht und sagt, dass dies eine Vorlage des Gemeinderates war.

Dominik Varni ist der Meinung, dass dieser Zaun nur erstellt wird, damit die Trämli schneller fahren können.

Urs Möschli sagt, dass es auf dieser Strecke einmal einen tödlichen Unfall gegeben hat, daher kann er auch nachvollziehen, dass es heute solche Gesetze gibt. Von daher müssten wir uns, wenn überhaupt, über die Möglichkeit einer Unter- oder Überführung unterhalten.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Motion von A. Geigy für die Realisierung eines Bahnüberganges zwischen dem Brunnacker und dem Eichacker als „nicht erheblich“ zu erklären.

Die Gemeindeversammlung beschliesst einstimmig, dass die Motion von A. Geigy für die Realisierung eines Bahnüberganges zwischen dem Brunnacker und dem Eichacker als „nicht erheblich“ erklärt wird.

8. Orientierung Mutation Eichacker

François Sandoz orientiert über die geplante Mutation und über das weitere Vorgehen für die Revision des Zonenplanes und die weitere Termine. Er informiert darüber, dass die Planung für den Ausbau der Benkenstrasse nach der öffentlichen Auflage durch den Regierungsrat genehmigt und somit rechtskräftig wurde. Als nächster Schritt war dann die Fortsetzung der Teilrevision des Zonenplanes geplant, was aber gemäss Aussagen vom Amt für Raumplanung nicht mehr möglich wäre. Um eine Einzonung der Reservezone Eichacker voranzutreiben, sei nun eine komplette Revision der Ortsplanung zwingend erforderlich, was zu einer erneuten Verzögerung von mindestens 1 -2 Jahren mit sich bringen würde. Der Gemeinderat wollte diese Situation so nicht hinnehmen und hat bei der Leitung des Amts für Raumplanung die Fortsetzung des bisherigen Verfahrens gefordert. Die haben dann doch noch eingelenkt und so wurde vereinbart, dass die Zonenplanrevision im Gebiet Grienacker zu einer Vollrevision geändert wird, was wiederum bedeutet, dass die Verfahren nun getrennt behandelt werden. Daher gibt es neu eine Vollrevision des Zonenplanes, die etwa 2 bis 3 Jahre in Anspruch nimmt sowie ein Mutationsplan Eichacker, für den in den nächsten Monaten das Mitwirkungsverfahren gestartet werden soll.

Weiter berichtet François Sandoz, dass eine Lärmschutzwand entlang der Benkenstrasse geplant ist. Vorgesehen ist auch eine Erschliessungsstrasse, welche auf Höhe Birnenweg beginnt und dann entlang der Lärmschutzwand bis ca. 25 m vor dem Eichacker geführt wird und dort als Sackgasse mit einem Wendepunkt endet. Ein Fussweg entlang der Lärmschutzwand verbindet dann den Wendepunkt mit dem Eichacker.

Der Gemeinderat hat sich, aufgrund des ästhetischen Aspekts, für eine Wand aus Steinkörben und einer Böschung ausgesprochen, was aber noch detailliert mit den Grundeigentümern besprochen werden kann.

Ein kleines Stück kann nicht durch die Lärmschutzwand geschützt werden. Dies bedeutet, dass diejenigen Grundstückbesitzer, die dort bauen, die Anforderungen hinsichtlich des Lärmschutzes selber berücksichtigen müssen.

Auch hat der Gemeinderat eine erste Kostenschätzung erstellen lassen. So soll die Lärmschutzwand etwa Fr. 780'000.--, der Strassenbau Fr. 360'000.--, die Kanalisation Fr. 330'000.-- und die Wasserleitungen Fr. 145'000.-- kosten, was ein Gesamtbetrag von ca. Fr. 1'615'000.-- beträgt. Dies entspricht in etwa Fr. 100.-- pro m². Zum jetzigen Zeitpunkt steht noch nicht definitiv fest, wie die Kosten der Lärmschutzwand getragen werden, da dieser Fall im Reglement nicht ausdrücklich erwähnt ist. François Sandoz geht jedoch davon aus, dass es sich dabei um eine Erschliessungsanlage handelt und die Kosten deshalb zu 90 % von den Grundeigentümern und zu 10 % von der Gemeinde zu tragen wären.

Abschliessend möchte er noch erwähnen, dass eine Orientierungsversammlung mit den Grundeigentümern stattgefunden hat, die diese Entwicklung positiv zu Kenntnis genommen haben. Konkret bedeutet dies, dass der Kanton die Vorprüfung im Juli / August 2013 vornehmen wird, der Mutationsplan im Herbst 2013 aufgelegt und der Beschluss des Mutationsplanes Ende 2013 vorgenommen werden kann.

Walter Brunner meint, dass das Lärmschutzwandprojekt nur realisierbar ist, wenn die Häuser stehen.

François Sandoz verneint. Zuerst muss gemäss Gesetz die Lärmschutzwand und dann die Erschliessung erstellt werden, erst dann können Häuser gebaut werden.

Wenn dem so ist, müsste laut Walter Brunner die Lärmschutzwand auf der ganzen Länge gebaut werden, auch wenn dann nur ein Haus gebaut werden würde. Von daher würden wir dann auf den Kosten sitzen bleiben.

François Sandoz sagt, dass wir die Kosten nicht zwingend vorfinanzieren müssen. Ausserdem hat sich jeder Grundeigentümer verpflichtet, das Grundstück innert 7 Jahren zu veräussern.

Daniel Gschwind fragt, warum eine Sackgasse geplant ist?

François Sandoz erklärt, dass die Ausfahrt auf dem Eichacker sonst zu nahe an der Benkenstrasse wäre, was wegen der Unfallgefahr nicht zulässig ist. Auch wenn die Strasse, wie früher geplant, in der Mitte der neuen Bauzone verlaufen würde, müssten die Häuser trotzdem

aufgrund des Lärms ca. 15 bis 20 Meter von der Wand entfernt gebaut werden. Deswegen und damit kein „verlorenes“ Land entsteht, wurde die Strasse direkt an die Mauer geplant, was demnach die effizienteste Nutzung mit sich bringt.

Margrit Randin fände es nicht toll, hinter einer Lärmschutzwand zu wohnen. Sie fände es sinnvoll, wenn auch noch Lösungsvorschläge ohne eine Lärmschutzwand angeschaut werden würden, denn es ist durchaus möglich, auch so zu bauen. Sie fragt, von wem die Auflage kommt, dass es eine Lärmschutzwand benötigt?

François Sandoz sagt, dass dies der Kanton vorgegeben hat und uns diese auch mitgeteilt haben, dass wir ohne eine solche Erschliessung niemals bauen können / dürfen. Ausserdem fordern die Grundeigentümer, dass mit dem Vorgehen weitergefahen wird.

Thomas Ulrich sagt, dass es früher in Münchenstein auch Lärmschutzwände gab, diese nun aber entfernt wurden, da ein Flüsterbelag eingebaut wurde. Daher wäre dies möglicherweise auch hier eine Variante?

François Sandoz weiss, dass bereits bestehende Quartiere andere Grenzwerte einzuhalten haben wie Neubau-Quartiere. Er möchte auch noch darauf hinweisen, dass geplant ist, dass ab Höhe Kronenhof auf Tempo 50 reduziert wird und dort auch ein Flüsterbelag eingebaut werden würde, was sich auf die Höhe der Lärmschutzwand bemerkbar macht.

Lutz Bretschneider sagt, dass in Biel-Benken auch erst kürzlich neue Häuser gebaut wurden, die nur eine Lärmschutzwand von ca. 2 m vor sich stehen haben. Er ist daher etwas erstaunt über die die vielen verschiedenen Auslegungen. Auch findet er die Erschliessungsstrasse nicht sehr sympathisch und fragt sich, was die Feuerwehr wohl dazu sagen wird. Auch wird das Verkehrsaufkommen noch zunehmen.

Alfred Gschwind ist Vertreter der Grundeigentümer und war überrascht, als er an der Orientierungsversammlung erstmals von den Kosten gehört hat, die in Zusammenhang mit dieser Erschliessung auf uns zukommen. Er möchte aber erwähnen, dass die Bauten im Eichacker-Quartier, die bereits bestehen, von dieser geplanten Lärmschutzwand profitieren und nicht einmal etwas dafür bezahlen müssten. Ausserdem ist vorgesehen, dass die Gemeinde einen Eintrag ins Grundbuch vornehmen kann, wenn ein Grundeigentümer sein Grundstück nicht innert sieben Jahren veräussert. Er hofft, dass die Gemeinde dies dann auch in Anspruch nimmt.

Urs Bussmann möchte wissen, wie gross die Nachfrage für diese Grundstücke ist und ob es schon Wartelisten gibt?

Alfred Gschwind weiss, dass Bauland fleissig gekauft wird und denkt daher, dass die Nachfrage sicher nicht zum Problem werden wird.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz zum letzten Traktandum.

9. Verschiedenes

Walter Brunner geht auf den Weg ein, der von der Tramstation Bättwil entlang des Bahnweges verläuft. Dort wurden Hindernisse eingebaut, die aber umfahren werden, da es keine entsprechenden Fahrverbotsschilder gibt. Er wünscht, dass dies nachgeholt wird.

Urs Bussmann weiss, dass es dort Hinweisschilder gibt, die aber allem Anschein nach niemanden interessieren. Er meint, dass es möglicherweise nutzen würde, wenn dort einmal ein Gemeindepolizist stehen würde.

François Sandoz sagt, dass wir dafür ein Bussenreglement bräuchten, was wir zurzeit nicht haben.

Urs Bussmann ist EBM-Delegierter der Gemeinde Bättwil und möchte die Einwohnerinnen und Einwohner darüber informieren, dass im August 2013 sämtliche Haushalte ein Schreiben bekommen werden, in dem zu lesen ist, dass neu alle Basic-Grünstrom erhalten. Es ist wichtig, dieses Schreiben genau durchzulesen, da dieser Wechsel mit zusätzlichen Kosten verbunden ist. Er wird auch noch einen entsprechenden Bericht im Bäramsle-Blatt publizieren.

Verabschiedung Hans Jörg Känel

François Sandoz möchte Hans Jörg Känel ein grosses Dankeschön für sein starkes Engagement gegenüber der Gemeinde aussprechen. Es ist sein Verdienst, dass Bättwil finanziell so einiges in den letzten Jahren einsparen konnte. Er hat stets gerne mit ihm zusammen gearbeitet, da Hans Jörg Känel immerzu eine Stütze im Gemeinderat war und fair und loyal gehandelt hat. Er hätte sich gewünscht, dass er nochmals für eine Amtsperiode antritt. Er akzeptiert aber seinen Rücktritt und wünscht ihm im Namen des Gemeinderates alles Gute für die Zukunft.

Hans Jörg Känel möchte sich für das Vertrauen, das er von der Bevölkerung stets bekommen hat, bedanken und auch dafür, dass er für sämtliche Geschäfte / Traktanden eine Zustimmung durch die Gemeindeversammlung erhalten hat. Auch möchte er sich beim Gemeinderat für den ihm gegebenen Freiraum und Paul Schoenenberger und Nicole Künzi für die wertvolle Zusammenarbeit danken.

François Sandoz übergibt Hans Jörg Känel unter Applaus ein Präsent, schliesst die Gemeindeversammlung und eröffnet den Apéro.

Der Gemeindepräsident:

Die Gemeindegeschreiberin:

F. Sandoz

N. Künzi

Protokoll der

2. ausserordentlichen Gemeindeversammlung

vom 22. August 2013

im Foyer OZL

Anwesend

Mitglieder Gemeinderat

François Sandoz, Gemeindepräsident
Rolf Gschwind
Max Kilcher

Protokoll

Nicole Künzi

Gäste

Dominik Fluri, Verwaltungsjurist Amt für Gemeinden

Presse

-

Abwesend

-

Dauer

19.30 – 22.30 Uhr

Eröffnung

François Sandoz eröffnet die Versammlung und begrüsst die Anwesenden zur ausserordentlichen Gemeindeversammlung 2013. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig im Anzeiger erfolgt ist, in alle Haushalte verteilt wurde sowie die entsprechenden Unterlagen aufgelegt worden sind.

Er stellt die Mitglieder des Gemeinderates, Max Kilcher und Rolf Gschwind und seine We-nigkeit sowie den Finanzverwalter, Paul Schoenenberger, und die Gemeindeschreiberin Ni-cole Künzi vor.

François Sandoz begrüsst ganz herzlich Herr Dominik Fluri, Verwaltungsjurist beim Amt für Gemeinden, der heute darüber informieren wird, was Vakanzen im Gemeinderat für Auswir-kungen haben können.

1. Wahl der Stimmenzähler

François Sandoz kündigt die Wahl der Stimmenzähler an.

François Sandoz schlägt folgende Stimmenzähler vor:

Links inkl. GR-Tisch: Heinz Vifian

Rechts: Kevin Bussmann

Da keine weiteren Vorschläge eingebracht werden, wird über die Wahl von Heinz Vifian und Kevin Bussmann abgestimmt.

Er stellt fest, dass die Stimmenzähler gewählt sind.

Die Stimmenzähler zählen die Stimmberechtigten:

Es werden

Links: 22

Rechts: 15

Stimmberechtigte gezählt.

Es sind somit 37 Stimmberechtigte anwesend.

2. Genehmigung der Traktandenliste

François Sandoz schreitet nun zur Genehmigung der Traktandenliste über.

1. Wahl der Stimmenzähler
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 19.06.2013
3. Orientierung / Auswirkungen Vakanzen Gemeinderat
 - 3.1 Rechtliche Lage, Folgen einer Handlungsunfähigkeit
 - 3.2 Fragen und Diskussion im Plenum
4. Anpassung Anhang 2 der Dienst- und Gehaltsordnung (DGO) „Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen“
5. Verschiedenes

François Sandoz fragt in die Runde, ob eine Traktandenänderung gewünscht wird.

Da keine Änderungen gewünscht werden, schreitet François Sandoz zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, der Traktandenliste zuzustimmen.

Die aufgezeigte Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2013

Das Protokoll vom 19. Juni 2013 konnte während der Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung eingesehen und zusätzlich auf dem Internet www.baettwil.ch abgerufen werden.

Urs Bussmann möchte zwei Anschlussfragen stellen. An der letzten Gemeindeversammlung wurde über einen Zusatzkredit für die Reparatur der Fassade am Schulhaus in Witterswil abgestimmt, da aufgrund von zu kurzen Wetterschenkeln Wasser in die Leibungen eingedrungen ist und dies zu lokalen Feuchtigkeitsschäden geführt hat. Damals wollte ein Einwohner wissen, ob abgeklärt wurde, ob die Handwerker-Firma dafür haftbar gemacht werden kann. Er möchte nun wissen, ob diese Abklärungen zwischenzeitlich getätigt wurden?

François Sandoz sagt, dass diese Anfrage an die Betriebs- und Unterhaltskommission weitergeleitet wurde, wir bis heute aber noch keine Antwort erhalten haben.

Weiter möchte Urs Bussmann wissen, wie es mit den Debitorenausständen aussieht?

Paul Schoenenberger sagt, dass sich die Situation gebessert hat, er aber noch keine Angaben dazu machen kann, in welchem Ausmass dies sein wird.

Da es zum Protokoll keine weiteren Änderungen oder Anmerkungen gibt, wird sogleich zur Abstimmung geschritten.

Mit grossem Mehr, vier Enthaltungen und keiner Gegenstimme wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2013 genehmigt und an Nicole Künzi verdankt.

3. Orientierung / Auswirkungen Vakanzen Gemeinderat

Seit Sommer 2012, also schon seit einem Jahr, sind 2 Sitze im Gemeinderat vakant. Schon vorher war der Gemeinderat nicht vollzählig und es kam in den letzten Jahren immer wieder zu einer Vakanz aufgrund von diversen Rücktritten.

Wie schon mehrmals im Bärmsleblatt geschrieben, ist diese Situation für die Gemeinde sehr ungünstig und auf die Dauer nicht tragbar. Die Belastung der verbleibenden Gemeinderäte ist dementsprechend deutlich erhöht, was dazu führt, dass nicht alle anstehenden Themen und Aufgaben pflichtgemäss angegangen resp. erledigt werden können. Auch wirkt sich diese Situation negativ auf die Rekrutierung von möglichen Gemeinderäten aus.

Dank den Anfangs Jahr durchgeführten Informationsstunden konnte zwar ein neuer Gemeinderat gefunden werden, die Gesprächsrunden wurden allerdings sehr wenig besucht und daraus ist wohl nicht mehr viel zu erwarten.

Deswegen möchten die Gemeinderäte mit der ausserordentlichen Gemeindeversammlung die aktuelle Situation im Gemeinderat offiziell thematisieren und sowohl die Konsequenzen, welche bei einem Ausfall oder Rücktritt eines Gemeinderates für die Gemeinde zu erwarten sind, aufzeigen, als auch versuchen, gemeinsam mit den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern nach einer Lösung zu suchen.

Unbestritten ist aber auch, dass Spannungen und sogar Konflikte innerhalb des Gemeinderates eine negative Auswirkung auf die Suche nach Ersatzmitgliedern haben. Auch dieser Aspekt des Problems soll angesprochen werden können.

Das Problem darf nicht länger Sache des Gemeinderates allein sein, sondern muss durch die Gemeinde als Ganzes getragen werden. Es geht aber auch nicht nur um den Gemeinderat, sondern auch um die Neubesetzung der Kommissionen und anderen nebenamtlichen Funktionen in der Gemeinde für die kommenden 4 Jahre.

Anlässlich der Gemeindeversammlung wird zuerst Herr Dominik Fluri, Jurist beim Amt für Gemeinden, aufzeigen, was die Vakanzen bedeuten und was passieren würde, sollte der Gemeinderat handlungsunfähig werden. Danach soll gemeinsam über mögliche Lösungsansätze oder Vorschläge für eine erfolgreiche Suche nach neuen Gemeinderäten diskutiert werden.

3.1. Rechtliche Lagen, Folgen einer Handlungsunfähigkeit

François Sandoz gibt das Wort an Dominik Fluri, Verwaltungsjurist beim Amt für Gemeinden und Ansprechpartner in Sachen Fusion, der anhand einer Präsentation folgende Punkte aufzeigt:

Zu den Grundlagen

Kantonsverfassung

§ 3: Gemeinden sind selbständig und haben einen weiten Gestaltungsspielraum

§ 45 Abs. 2: Gemeinden wählen ihre Behörden und Angestellten

§ 27 Abs. 1 lit. e: Gemeinderat und Gemeindepräsident werden vom Volk gewählt

Gemeindegesezt

§ 67: Gemeindeordnung der Gemeinde regelt die Mitgliederzahl im Gemeinderat; dieser muss mindestens 3 Mitglieder umfassen

§ 70 Abs. 1: Der Gemeinderat ist vollziehendes und verwaltendes Organ der Gemeinde

§ 26 Abs. 1: Beschlussfähigkeit besteht nur bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder, mindestens aber bei 3

Die Gemeindeordnung der Gemeinde Bättwil sieht vor, dass gemäss § 24 der Gemeinderat aus 5 Mitgliedern besteht, jedem einzelnen Mitglied des neu gewählten Gemeinderates Sachgebiete (Ressorts) zugewiesen und Finanzkompetenzen übertragen werden (§ 26) und der Gemeinderat Beamte und Angestellte wählt (§ 38 Abs. 5).

Dominik Fluri zeigt das Organigramm der Gemeinde Bättwil auf und sagt, dass es bei einer solchen Verteilung der Ressorts notwendig ist, sich an verschiedenen Fronten und Thematiken auszukennen.

Vakanzen im Gemeinderat führen dazu, dass die einzelnen Mitglieder eine erhöhte Geschäftslast zu tragen haben und dies zu eventuell längeren Bearbeitungsfristen führt. Es führt zu einem Verlust an Demokratie und der Gemeinderat ist bei einem Ausfall Beschluss- und Handlungsunfähig. Dies wiederum würde eine Änderung der Gemeindeordnung bedingen.

Die Frage nach dem wie weiter stellt sich. Eine Möglichkeit, neue Gemeinderäte / Gemeinderätinnen anzuwerben besteht darin, die Entschädigungen zu erhöhen und somit das Mandat attraktiver zu gestalten, Kreativität ist aber von allen Seiten gefragt.

Kommt es aber zu einer Beschluss- und Handlungsunfähigkeit, wird gemäss Gemeindegesezt § 214 ein Sachwalter vom Kanton eingesetzt. Dessen Kosten gehen zu Lasten der Gemeinde und er führt sämtliche Gemeinderatsgeschäfte. Dies führt aber trotzdem zu einem Autonomie- und Demokratieverlust und nicht zuletzt auch zu einem Imageschaden für die Gemeinde. Daher sollte dieser Schritt nicht im Sinne einer Gemeinde sein.

Ausserdem gibt es gemäss Gemeindegesezt § 115 einen Amtszwang, was bedeutet, dass der Gemeinderat die freien Sitze auf Berufung hin besetzen und auch eine Rekrutierungskommission bilden kann. Diese Kommission würde dann aus mehreren Personen bestehen, die sich auf die Suche nach neuen Behördenmitgliedern macht.

Es könnte aber auch die Zusammenarbeit mit einer anderen Gemeinde oder gar eine Fusion in Betracht gezogen werden. Dies führt zu einem grösseren Pool an möglichen Behördenmitgliedern, zu Synergiegewinnen, zu raumplanerischen Entwicklungsmöglichkeiten und schlussendlich auch zu einer Verbesserung des Dienstleistungsangebotes.

Sollte die Gemeinde eine Fusion in Betracht ziehen, würde sie durch den Kanton unterstützt werden. Zum einen als Türöffner zur Verwaltung, er wäre Partner bei der Umsetzung von Fusionsvorhaben und Koordinator der verwaltungsinternen Prozesse auf der Stufe des Kantons sowie Fürsprecher der Gemeinden für fusionsfreundliche Lösungen auf Stufe des Kantons und nicht zuletzt Fusionspromoter bei Gemeinden mit Fusionspotential. Auch würde der Kanton einen Basisbeitrag von Fr. 100.-- pro Einwohner, mindestens aber Fr. 50'000.-- und maximal Fr. 500'000.-- bezahlen sowie einen 3-jährigen Besitzstand im direkten Finanzausgleich und einen 3-jährigen Besitzstand auf den Subventionssatz der Lehrerbesoldungen gewähren. Dann gäbe es noch einen Zusatzbeitrag bei einer Strukturschwäche (zusätzliche Vervielfachung des Kantonsbeitrags um den Betrag des Strukturstärkeindex), eine Finanzierung von Projektkosten pro Fusionsprojekt bis Fr. 30'000.-- und die Verlängerung der Besitzstandgarantie Finanzausgleich von drei auf sechs Jahre.

Dominik Fluri schliesst seine Präsentation und beantwortet nun gerne Fragen aus der Bevölkerung.

Norman Humm möchte wissen, wie lange es geht, bis sich der Kanton einschaltet, wenn in unserem Fall erneut ein Gemeinderat ausfallen würde?

Dominik Fluri meint, dass sich dieser relativ rasch einschalten würde, da eine Gemeinde nicht lange handlungsunfähig sein kann. Bevor allerdings ein Sachwalter kommen würde, würde man versuchen, eine andere Lösung zu finden.

Yvonne Kilcher fragt, ob es möglich wäre, dass wenn der Gemeinderat handlungsunfähig werden würde, die Angestellten keinen Lohn mehr erhalten würden?

Dominik Fluri verneint und sagt, dass die Verwaltung ja nicht gleich aufgelöst werden würde, daher würden die Löhne sicherlich noch weiter bezahlt werden.

Jörg Schermesser interessiert es, was ein Sachwalter für ca. 2 Monate kosten würde?

Laut Dominik Fluri sind die Kosten relativ hoch und so muss mit ca. Fr. 160.-- - Fr. 200.-- pro Stunde gerechnet werden. Hierbei möchte er noch erwähnen, dass dieser Sachwalter nicht zwingend von einem Amt oder vom Kanton kommen muss, sondern es auch schon Fälle gab, bei denen es ein pensionierter Kantonsrat wurde.

Reto Haag geht auf das Wahlvorschlags-Formular ein. Er meint, dass die erste Person, die dort für den kandidierenden Gemeinderat unterschreibt, automatisch sein Ersatz wird und weist auch darauf hin, dass es normalerweise Ersatzgemeinderäte gibt.

François Sandoz ist da anderer Meinung und glaubt zu wissen, dass die erste Person, die den Wahlvorschlag unterschreibt, nur die Aufgabe hat, bei einem allfälligen Rücktritt einen neuen Gemeinderat zu finden. Hierfür muss er / sie diejenigen Personen anschreiben, die den Wahlvorschlag mitunterschrieben haben. Es besteht aber kein automatischer Zwang, wonach diese Person in den Gemeinderat kommen muss. Bezüglich der Ersatzgemeinderäte ist es so, dass wir keine solchen haben.

Norman Humm denkt, dass wenn es zu einer Fusion kommen sollte, dies nur mit unserer Nachbargemeinde Witterswil in Frage kommen würde. Was ist aber, wenn diese nicht fusionieren möchte?

Laut Dominik Fluri gibt es in so einem Fall keine Fusion, ausser dies wird ausdrücklich von beiden Gemeinden gewünscht.

Reto Haag weiss, dass es im Kanton Glarus zu Zwangsfusionen gekommen ist und möchte wissen, ob dies im Kanton Solothurn auch denkbar wäre?

Laut Dominik Fluri unterstützt der Regierungsrat Fusionen. Diese bleiben aber dennoch freiwillig und es gibt dafür auch keine rechtliche Handhabung.

Reto Haag findet die finanziellen Mittel, die der Kanton einer Gemeinde bei einer Fusion zur Verfügung stellt, nicht sehr „grosszügig“.

Dominik Fluri kann dies verstehen, möchte aber klar erwähnen, dass damit lediglich ein Anreiz geschaffen werden sollte und es nicht der Sinn der Sache ist, dass Gemeinden wegen des Geldes fusionieren.

Yvonne Kilcher möchte wissen, ob sich eine Fusion finanziell für eine Gemeinde rentieren würde und ob es Erfahrungswerte gibt, die aufzeigen, ob Geld eingespart werden kann?

Dominik Fluri sagt, dass dies auf den Einzelfall drauf ankommt und es je nach dem zu einer Steuererhöhung- oder Steuersenkung führen kann. Untersucht wurde dies aber bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht.

Urs Bussmann geht auf die Organisation im Gemeinderat ein und fragt, ob gewisse Ausgaben nicht grundsätzlich über die Gemeindeversammlung ausgelagert werden könnten?

Dominik Fluri bejaht und sagt, dass gewisse Bereiche wie beispielsweise der Finanzverwalter an einen Treuhänder oder die Bauverwaltung an eine externe Firma ausgegliedert werden könnten.

Urs Bussmann nimmt das Beispiel Bildung und sagt, dass heute schon das meiste über den Kanton läuft, daher könnte dieses Ressort doch vielleicht auch ganz ausgegliedert und die Gemeinde somit entlastet werden? Er möchte wissen, wo hier die Grenzen verlaufen?

Dominik Fluri sagt, dass die Aufgabenteilung ständig zu Diskussionen führt und es sich hierbei um einen politischen Diskurs handelt. Das Ziel sollte aber klar sein, dass die Gemeinden so viel wie möglich selber machen sollten.

Urs Bussmann fragt, ob dies über den Kantons- oder sogar Regierungsrat aufgegleist werden müsste?

Laut Dominik Fluri wäre wohl eine Volksinitiative oder aber ein Vorstoss an den Regierungsrat nötig.

Zum Referat von Dominik Fluri werden keine weiteren Fragen gestellt. Daher bittet François Sandoz die Einwohnerinnen und Einwohner um Kreativität und Ideen, damit Vorschläge für das weitere Vorgehen gesammelt werden können. Auch soll sich jeder Gedanken zu einer möglichen Fusion machen und sich fragen, weshalb die Ämter nicht besetzt werden können, ob die Aufgaben als Gemeinderat / Kommissionsmitglied nicht attraktiv sind, ob ein allgemeines Desinteresse besteht, ob es uns doch noch zu gut geht und ob es möglicherweise bereits konkrete Lösungsansätze gibt.

Ihm persönlich ist aufgefallen, dass die Attraktivität immer weiter abnimmt und immer mehr Aufgaben „ausgegliedert“ werden. So gab es früher beispielsweise noch die Schulkommission, die es heute in dieser Form nicht mehr gibt. Beim Sozialbereich sieht es gleich aus, dort hatten wir einmal eine Sozialkommission, dann wurde das SOSOL gegründet und als das zu „klein“ wurde, hat man nach Kantonsvorgaben die Sozialregion Dorneck gründen müssen. Die Entwicklung zeigt daher, dass die Probleme in den Gemeinden bleiben, die Interessen aber stetig schrumpfen. Er selber hätte sich damals auch nicht einfach so als Gemeinderat gemeldet, aber da er schon einige Jahre in Kommissionen tätig war, ist er dadurch irgendwie auf diesen Weg / Spur gekommen.

Auch ist er der Meinung, dass wenn wir uns dazu entschliessen sollten, zu fusionieren, wir zumindest einen Teil dieser alten Struktur zurück gewinnen könnten und dadurch möglicherweise das Interesse von Seiten der Bevölkerung wieder zunehmen würde, da wir wieder mehr in der Gemeinde „bewirken“ könnten.

Urs Bussmann findet die Fragestellung falsch. Ob die Aufgaben nicht interessant sind ist nicht richtig, es sollte eher gefragt werden, was die Attraktivität ausmacht, damit jemand in den Gemeinderat eintreten würde.

Paul Thomann meint, dass jetzt hier das gleiche passiert wie in der Wirtschaft. Früher bekam man Unterstützung von der Firma und war jemand, heute ist das allerdings oft nicht mehr der Fall. Was soll man sich da noch anderweitig engagieren, wenn man im Beruf schon alles gibt? Die einzige Konsequenz daher ist eine Fusion, was dazu führen würde, dass wir wieder

mehr Personen hätten, die mit der Region verbunden sind und sich für die Gemeinde einsetzen möchten.

Nicole Schwalbach denkt, dass die Spezialisierungen und Anforderungen heute auch viel höher und komplexer sind, was es zum einen schwieriger macht und die Attraktivität schmälert.

Simona Cerletti glaubt, dass wir zwei Probleme haben. Zum einen ist die Kompetenz, die eine fähige Person mitbringen muss, enorm gestiegen. Dies wiederum führt dazu, dass sich die Leute auch fragen, ob sie einem solchen Amt gewachsen sind oder nicht. Ausserdem ist unser Dorf in den letzten Jahren stark gewachsen und wir haben kein Begegnungszentrum. Sie selber wohnt seit über 30 Jahren hier und kennt niemanden mehr. Sie denkt, dass es ein Event oder ein Fest braucht, damit sich die Einwohnerinnen und Einwohner kennen lernen. Ansonsten laufen wir Gefahr, ein Schlaf-Dorf zu werden, was nicht passieren darf. Sie selber hätte auch Interesse in einem Amt / Kommission mitzuarbeiten, da sie aber 100 % arbeitet kann sie nicht noch mehr leisten.

Yvonne Kilcher weist darauf hin, wie kompliziert gewisse Aufgaben sind und wie viel Aufwand dahintersteckt, beispielsweise beim Grundeigentümerreglement. Und dann dauern die Gemeindeversammlungen und Gemeinderatssitzungen auch noch so lange und am Schluss muss je nach dem alles nochmals überarbeitet werden. Kurz gesagt, nicht jeder hat so viel Zeit für all das.

Reto Haag denkt, dass solche Aufgaben nicht kompakter oder effizienter erledigt werden können, wenn die Leistung stimmen soll. Er selber hätte auch das Bedürfnis, etwas für die Gemeinde zu machen, ihm ist es aber zu kompliziert und anspruchsvoll geworden und er fragt sich, woher er auch noch die Zeit dafür nehmen soll.

Thomas Kötter ist der Meinung, dass der Zeitfaktor der springende Punkt ist. So haben geeignete Personen meist keine Zeit, da sie beruflich sehr eingespannt sind. Er denkt aber auch, dass wir die Wichtigkeit der Verwaltung unterschätzen, denn diese muss den Gemeinderat unterstützen und sollte die Geschäfte für ihn vorbereiten. Daher ist deren Professionalität auch sehr wichtig.

François Sandoz weist darauf hin, dass wir hier in Bättwil das Ressortsystem haben und daher die Gemeinderäte ihre Geschäfte selber vorbereiten. Das Präsidialsystem ist hingegen anders, da werden die Geschäfte von der Verwaltung zusammen mit dem Gemeindepräsidenten vorbereitet und die Gemeinderäte entscheiden lediglich darüber. Diese Variante ist für Bättwil im Moment aber nicht denkbar.

Max Kilcher möchte hierzu noch erwähnen, dass wir für die Vorbereitung der Geschäfte auch die Kommissionen miteinbeziehen können. Dadurch würden diese vermehrt in die Gemeinderats-Geschäfte einbezogen werden, der Gemeinderat würde dadurch entlastet werden und wir könnten möglicherweise auch neue Leute rekrutieren. Möglicherweise ist es auch attraktiver, zuerst in einer Kommission mitzuwirken und erst dann den Schritt in den Gemeinderat zu wagen.

Thomas Kötter findet, dass die Arbeit für die Gemeinderäte auch hier möglich gering gehalten werden sollte, da diese alle hauptberuflich sonst irgendwo angestellt sind. Man ist immer auf die Verwaltung angewiesen und wenn es dort nicht läuft funktioniert das ganze System nicht. Das Tagesgeschäft muss von der Verwaltung geführt werden unter der operativen Führung des Gemeinderates.

Max Kilcher denkt, dass bei einer Professionalisierung die Verwaltung noch mehr machen müsste und daher mehr Angestellte eingestellt werden müssten.

Thomas Kötter möchte momentan nicht mehr zahlen, gäbe es allerdings eine Professionalisierung, dann wäre er bereit dazu. Er denkt, dass eine Fusion auch nicht zwingend ist, eine gute und enge Zusammenarbeit mit einer anderen Gemeinde würde schon ausreichen.

Max Kilcher möchte darauf hinweisen, dass das Thema nicht die Angestellten und die Verwaltung sein sollte. Es geht um die Gemeinderäte und Kommissionen.

Simona Cerletti hat früher im OZL-Vorstand mitgearbeitet und dafür etwa 30 % ihrer Zeit aufgewendet. Hätte sie keine Vorkenntnisse gehabt, hätte dies nie und nimmer ausgereicht. Sie glaubt auch, dass das Milizsystem nicht mehr ausreicht und wir ein Zusammenspiel der Gemeinden fördern sollten.

Reto Haag findet es ein wenig ein ketzerischer Gedanke. Allem Anschein an mangelt es überall, ein Sachwalter will man aber nicht einsetzen, da dieser ein Imageschaden mit sich bringen würde. Er denkt aber, dass die jetzige Situation auch nicht gerade Image fördernd ist. Er fragt, warum wir nicht einfach eine Zwangsverwaltung annehmen und dann mal schauen, wie es läuft?

Paul Thomann denkt, dass dadurch ein grösserer Schaden als ein Gewinn entstehen würde und wir mit solchen Voraussetzungen niemals fusionieren könnten.

Norman Humm spricht das Thema Fusion nochmals an. Dabei geht es um einen langfristigen Gedanken und wir sollten uns nun darum bemühen, eine kurzfristige Lösung zu finden. Möglicherweise könnten die Rentnerinnen und Rentner angefragt werden, ob sie bereit wären, etwas für die Gemeinde zu arbeiten? Diese hätten sicherlich mehr Zeit als Arbeitstätige und würden dies vielleicht auch gerne machen.

François Sandoz hat sich diesen Punkt notiert. Er möchte noch kurz auf das Thema Imageschaden eingehen. Er weiss, dass wir jetzt schon von den umliegenden Gemeinden belächelt und als Gemeinde, die immer nur Probleme hat, dargestellt werden.

Er hofft nun, dass sich einige Einwohnerinnen und Einwohner auf unsere Ausschreibung Kommissions- und Delegiertenwahlen melden werden und wir dadurch vielleicht auch Personen für den Gemeinderat akquirieren können. Auch könnte ohne Probleme eine ad hoc Kommission ins Leben gerufen werden. Das ganze einfach sausen lassen und auf einen Sachwalter hoffen ist provokativ und sollte seiner Meinung nach nicht so gemacht werden.

Norman Humm sagt, dass Bättwil rund 1200 Einwohnerinnen und Einwohner hat und heute gerade mal 37 Personen an die Gemeindeversammlung gekommen sind, der Rest ist einem dringenden Aufruf des Gemeinderates nicht gefolgt.

Simona Cerletti meint, dass der Gemeinderat die Unterstützung der Bevölkerung braucht, da er alleine nichts realisieren kann.

Donat Monney geht noch auf folgenden Aspekt ein: Alle umliegenden Gemeinden haben ein Vereinsleben, aber hier in Bättwil gibt es nichts dergleichen. Dies wäre aber auch eine Quelle, wo sich Leute finden und möglicherweise engagieren würden. Er selber hatte stets beim Kellerfest mitgeholfen und dadurch auch die anderen Einwohnerinnen und Einwohner kennengelernt. So gesehen sind andere Dörfer, die Vereine haben, klar im Vorteil.

Laut François Sandoz ist es Fakt, dass Bättwil in den letzten Jahren stark gewachsen ist und sich die Einwohnerinnen und Einwohner aber an anderen Orten orientieren.

Dominik Fluri ist der Meinung, dass zum einen das Dorfleben eine Gemeinde ausmacht. Zum anderen hat die Gemeinde aber auch Aufgaben, die sie selbständig erfüllen muss. Dies ist ein essentieller Grund dafür, dass wir die Suche nach einem neuen Gemeinderat / Gemeinderätin nicht aufgeben sollten.

François Sandoz fragt, wo wir als Gemeinde hin wollen und was wir als Zukunftslösung sehen? Entweder setzen wir einen professionellen Gemeindepräsidenten / Gemeindeverwalter ein oder wir müssen erkennen, dass wir so nicht mehr weitermachen wollen und können. Er denkt, dass wir eine konsultative Umfrage zum Thema Fusion machen könnten, denn dies ist seiner Meinung nach der einzig richtige Schritt. Die Witterswiler haben dieses Thema auch bereits diskutiert, möchten aber, dass Bättwil sich zuerst für diesen Schritt ausspricht.

Thomas Kötter meint, dass dies nie funktioniert, wenn keiner den ersten Schritt wagt. Er fände es aber sinnvoller, wenn wir heute lediglich eine konsultative Umfrage als eine Abstimmung tätigen würden.

Max Kilcher möchte noch erwähnen, dass wenn sich die Einwohnerinnen und Einwohner für eine Fusion aussprechen würden, der Gemeinderat einen enormen zusätzlichen Aufwand zu bewältigen hätte und alle anderen Aufgaben und jetzigen Probleme damit aber nicht gelöst werden.

Simona Cerletti sagt, dass wir uns fragen sollten, was wir mittel- oder langfristig wollen und ob dies eine Fusion ist? Wichtig ist, dass wir ein Ziel vor Augen haben, das wir verfolgen können.

Esther Gerster geht noch auf den Amtszwang und die Rekrutierungskommission ein und möchte darauf hinweisen, dass wir hier in Bättwil über 50 Firmen haben, die wir möglicherweise bei gewissen Aufgaben beiziehen könnten.

François Sandoz denkt, dass wir nun die konsultative Umfrage zum Thema Fusion starten und dieses Thema anschliessend verlassen sollten.

Er fragt die Versammlung, wer eine solche Umfrage wünscht?

Mit grossem Mehr, drei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen wird beschlossen, dass eine solche konsultative Umfrage zum Thema Fusion durchgeführt wird.

François Sandoz möchte wissen, wer damit einverstanden wäre, wenn der Weg einer Fusion konkret geprüft werden würde?

Mit grossem Mehr, vier Gegenstimmen und fünf Enthaltungen spricht sich die Gemeindeversammlung klar dafür aus, dass eine Fusion konkret geprüft werden soll.

François Sandoz fragt nach weiteren konkreten Vorschlägen und ob möglicherweise eine ad hoc Kommission für die Suche nach Gemeinderatskandidaten gebildet werden sollte?

Pius Hässig hat, wie alle Einwohnerinnen und Einwohner, das Schreiben bezüglich Kommissions- und Delegiertenwahlen erhalten und vermisst darauf Angaben zum Umfang einer solchen Aufgabe. Er selber wäre an einer Mitarbeit interessiert, hat aber noch zu wenig Informationen, so dass er sich konkret vorstellen kann, was da auf ihn zukommen würde.

François Sandoz verweist auf die derzeitigen Kommissionspräsidenten. Diese können ihm sicherlich Auskünfte erteilen. Auch gibt es hierzu eine Präsentation, die auf der Homepage aufgeschaltet werden kann.

Max Kilcher sagt, dass der minimale Aufwand sehr schwer zu bestimmen ist. Er ist aber der Meinung, dass dies auch immer auf das Ressort oder das zu behandelnde Thema ankommt. Wenn man etwas seriös angehen möchte, kommen aber rasch einmal 100 Stunden zusammen. Es hängt aber auch immer ein bisschen davon ab, was bereits an Vorarbeiten geleistet wurde. Ausserdem muss man bereit sein, etwa einmal pro Woche an einer Sitzung teilzunehmen.

François Sandoz denkt, dass wir auflisten könnten, wie oft und für wie lange sich die Kommissionen treffen.

Simona Cerletti fragt nach der Möglichkeit, einen Ersatz-Gemeinderat als Einstieg aufzubauen?

François Sandoz denkt, dass wir diesen Punkt durch den Kanton prüfen lassen müssen. Er möchte aber auch darauf hinweisen, dass es nicht einfach nur um ein Ressort geht.

Yvonne Kilcher weist darauf hin, dass der Gemeinderat jederzeit die Möglichkeit hat, eine ad hoc Kommission zu bilden. Möglich wäre es auch, eine Gemeinderat-Supportkommission zu gründen, die gewisse Geschäfte für den Gemeinderat vorbereitet und ihr Wissen an ihn weiterleitet. Momentan haben wir ja schon eine ähnliche Situation mit Hans Jörg Känel. Er ist zwar vom Gemeinderat offiziell zurückgetreten, ist aber nach wie vor als Projektleiter der Sanierung Hauptstrasse und dem BLT-Doppelspurausbau, im Auftrag der Gemeinde Bättwil, tätig.

Rosmarie Willumat geht ebenfalls noch auf das Schreiben bezüglich der Kommissions- und Delegiertenwahlen ein. Sie hat sich daran gestört, dass auf diesem Formular auch Kommissionen aufgeführt wurden, die vollständig besetzt sind.

François Sandoz erklärt dies so, dass wir nicht wissen können, wer von den Kommissionsmitgliedern und Delegierten bereit ist, sein Amt für eine weitere Amtsperiode auszuführen und deswegen alle aufgelistet wurden. Ausserdem können wir dadurch möglicherweise auch Ersatzmitglieder finden.

Urs Bussmann denkt, dass das Problem einfach zu lösen ist, wenn wir wissen, was wir wollen. Dies ist aber allem Anschein nach momentan noch nicht der Fall. Daher gibt es entweder die Möglichkeit zu professionalisieren und gewisse Aufgaben abzugeben oder gar auszugliedern oder wir finden Personen, die sich für die Gemeinde engagieren wollen. Er denkt auch, dass wir uns einmal Gedanken zum Milizsystem machen sollten.

François Sandoz stimmt der Aussage von Urs Bussmann zu. Dennoch ist er der Meinung, dass wir interessierte Personen finden müssen und dann zusammen entscheiden können, in welche Richtung wir gehen möchten. Er möchte die Demokratie nicht über den Haufen werfen.

Bettina Christen hat sich, als sie das Schreiben bezüglich der Kommissions- und Delegiertenwahlen gelesen hat, gefragt, was sie für Eigenschaften mitbringen müsste, wenn sie sich für ein Amt interessiert.

François Sandoz sagt, dass er sich damals, als er in seine erste Kommission eingetreten ist, einfach einmal angemeldet und dann weitergeschaut hat. Das Wichtigste ist aber sicher der Wille zur Mitarbeit, der Rest ergibt sich von alleine oder man erhält Hilfe von anderen Kommissionsmitgliedern. Man sollte nicht zu weit oder zu viel denken, sondern einfach machen.

Rolf Gschwind sagt, dass er, als er in den Gemeinderat kam, auch nicht genau wusste, was auf ihn zukommt. Sicherlich braucht es eine gewisse Einarbeitungs- und Einfindungszeit, während der er aber stets Unterstützung erhalten hat.

Max Kilcher geht noch darauf ein, dass von Seiten der Bevölkerung ein Event oder ein Fest gewünscht wird, damit man sich wieder näher kommt. Es tönt so, als ob der Gemeinderat dieses organisieren müsste, was in der jetzigen Konstellation aber nicht möglich ist. Er selber hat nicht auch noch Zeit, ein Fest oder ein Verein aufzubauen. Daher denkt er, dass hier gerade die Mithilfe der Einwohnerinnen und Einwohner gefragt wäre.

François Sandoz weist noch darauf hin, dass bald Redaktionsschluss des Bärnsl-Blattes ist und wir dort möglicherweise einen Aufruf für eine Mitarbeit starten und eine Rekrutierungskommission erwähnen könnten.

22. August 2013

Nicole Humm fragt, wo denn in Bättwil ein Ort der Begegnung ist?

François Sandoz denkt, dass wir diesen noch finden müssten und hierzu sicherlich Kreativität gefragt ist. Der Gemeinderat hat aber, wie bereits erwähnt, momentan nicht die Ressourcen dazu, alles selber in die Hände zu nehmen.

Da keine weiteren Inputs mehr geliefert werden, bedankt sich François Sandoz im Namen des Gemeinderates recht herzlich für die anregende Diskussion und all die tollen Ideen aus der Bevölkerung.

4. Anpassung Anhang 2 der Dienst- und Gehaltsordnung (DGO) „Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen“

Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 26. Oktober 2011 wurde bereits eine Motion zur Anpassung der Honorare und Entschädigungen an die Teuerung sowie für eine reale Erhöhung dergleichen eingereicht. Diese Motion wurde als „unerheblich“ erklärt und somit wurde dem Gemeinderat offen gelassen, in welcher Form und bis wann er eine entsprechende Vorlage zur Abstimmung bringen möchte. Schon bei der Erarbeitung des Budgets 2013 wurde diesbezüglich ein konkreter Vorschlag diskutiert. Die vorgeschlagene Anpassung wurde, aufgrund des budgetierten Ausgabenüberschusses und des Beschlusses, dem Gemeindepersonal keine Lohnerhöhung für 2013 zu gewähren, jedoch abgelehnt.

Nun, aufgrund der aktuellen Vakanzen im Gemeinderat und im Hinblick auf die neue Amtsperiode, wurde eine neue Vorlage ausgearbeitet. Diese sieht vor, dass die seit der letzten Anpassung im 2002 aufgelaufene Teuerung kompensiert wird, aber auch, dass die Entschädigungen für Gemeinderäte sowie Kommissionspräsidenten neu und attraktiver gestaltet wird. Auch vertritt der Gemeinderat die Meinung, dass wer arbeitet auch entlohnt werden soll und es nicht nur eine Pauschalentschädigung für die Gemeinderäte geben soll. Es soll aber auch der Aspekt der „freiwilligen und ehrenamtlichen Arbeit (für die Gemeinde)“ behalten werden.

Die wesentlichen Anpassungen sind folgende:

- es wird eine Zusatzentschädigung für die Gemeinderäte bei Vakanzen geben,
- die Zulage für das Vizepräsidium wird nur noch bei einem Ausfall des Gemeindepräsidenten ausbezahlt,
- die Differenz zwischen der Entschädigung für Gemeindepräsident und Gemeinderat reduziert sich (Verbesserung Grundentschädigung Gemeinderat)
- das Sitzungsgeld für Kommissionspräsidenten (gegenüber den Mitgliedern) wird erhöht,

François Sandoz legt eine Auflistung auf, auf der sämtliche Kosten ersichtlich sind und erwähnt, dass durch die Anpassung gesamthaft jährliche Mehrausgaben von ca. Fr. 25'000.-- entstehen.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird mit vier Enthaltungen und grossem Mehr auf das Geschäft eingetreten.

Urs Bussmann fragt, ob die Entschädigungen im Stundenansatz für die Gemeinderäte bezahlt werden, was von François Sandoz bejaht wird.

Urs Bussmann möchte wissen, ob 10 Stunden Aufwand pro Woche realistisch sind?

François Sandoz sagt, dass er als Gemeindepräsident mindestens 2 Stunden pro Tag für die Gemeinde aufwendet. In dieser Woche hatte allerdings mehr zu tun und hat so sicherlich schon 15 bis 20 Stunden investiert. Er macht die Arbeit gerne und beklagt sich daher auch nicht.

Urs Bussmann sagt, dass wir jetzt über ca. Fr. 40'000.-- sprechen und fragt, ob da nicht zu wenig budgetiert wurde?

François Sandoz verneint. Die Fr. 40'000.-- sind ohne Zeitentschädigung gerechnet. Wenn diese dann noch dazu kommt, sprechen wir von ca. Fr. 65'000.--. Dieser Betrag wurde allerdings auf die Sitzungsgelder reduziert, da die in etwa immer in der gleichen Höhe sind. Die Stunden, die zu Hause geleistet werden, wurden aber nicht miteinberechnet.

Urs Bussmann wünscht, dass der Gemeinderat ein Auge auf die Teuerung wirft, da diese schlussendlich immer zu Lasten der Steuerzahler geht.

François Sandoz sagt, dass es um die jetzige Anpassung geht und nicht darum, was in den kommenden Jahren ist. Durch diese Anpassung gibt es noch keinen Automatismus und die Teuerung wird auch nicht jedes Jahr angepasst werden.

Urs Bussmann ist der Meinung, dass eine Anpassung anhand der Leistung erhoben werden sollte, so findet er es heikel.

François Sandoz denkt, dass eine Bewertung nach Leistung sehr schwierig wäre. Gewisse Personen brauchen für eine Aufgabe länger als andere, andere wiederum schreiben jede Stunde, die sie für die Gemeinde aufwenden auf, andere hingegen nicht. Er selber kontrolliert nicht was die einzelnen Gemeinderäte leisten, jeder muss seine eigenen Aufgaben erfüllen und erledigen. Er findet aber, dass es sich hierbei um eine verträgliche Anpassung handelt.

Yvonne Kilcher möchte noch wissen, weshalb der Lohn für eine Aushilfe im Werkhof nicht gleich hoch ist wie die allgemeine Gemeindearbeit?

François Sandoz ist in dem Fall bei dieser Präsentation ein Fehler unterlaufen, beide Ansätze sind gleich hoch.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, der vorgeschlagenen Anpassung der Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen per 01.01.2014 zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt der Anpassung der Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen per 01.01.2014 mit grossem Mehr, einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen zu.

5. Verschiedenes

Alfred Gschwind kennt den neuen Gemeinderat Max Kilcher nicht und fände es daher wünschenswert, wenn sich dieser anhand eines Flugblattes vorstellen würde.

François Sandoz kennt diese Problematik und sagt, dass dies bei stillen Wahlen halt so läuft, da man keine Wahlpropaganda machen muss, Max Kilcher sich aber im nächsten Bäramsle-Blatt kurz vorstellen wird.

Thomas Kötter möchte an dieser Stelle allen Gemeinderäten und Kommissionsmitgliedern für ihren Einsatz für die Gemeinde danken, worauf alle Anwesenden applaudieren.

Reto Haag sagt, dass wir hier in Bättwil ein Erfolgsmodell im Technischen Dienst haben und wir es immer wieder erreichen, dass gute Arbeiter kündigen. Aus diesem Grund kritisiert er auch den Gemeinderat, dass dieser nichts gegen die Kündigung von Daniel Dallio unternommen hat, obwohl allen klar ist, dass etwas nicht in Ordnung ist. Er selber findet es sehr bedauerlich, dass Daniel Dallio nicht mehr für uns tätig ist.

François Sandoz möchte diesbezüglich keine Diskussion lostreten. Daniel Dallio hat aber während seiner Zeit hier in Bättwil stets eine sehr gute Arbeit geleistet und nun hat er einen neuen Job in der Nähe seines Wohnortes angetreten. Es ist überall so, Leute kommen und Leute gehen, so bedauerlich es manchmal auch ist.

Abschliessend möchte sich François Sandoz bei Dominik Fluri für die gute und klare Präsentation bedanken.

Da keine weiteren Wortmeldungen eingehen, schliesst er die Gemeindeversammlung, bedankt sich bei allen für die interessanten Vorschläge und Ideen und hofft, dass wir demnächst einen neuen Gemeinderat / eine neue Gemeinderätin vorstellen können.

Der Gemeindepräsident:

Die Gemeindeschreiberin:

F. Sandoz

N. Künzi

Protokoll der

3. ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 11. Dezember 2013

im Foyer des OZL

Anwesend

Mitglieder Gemeinderat

François Sandoz, Gemeindepräsident
Hans Jörg Känel
Max Kilcher
Michael Weintke
Pius Hässig

Verwaltung

Paul Schoenenberger (Finanzverwalter)

Protokoll

Nicole Künzi

Gäste

-

Presse

-

Abwesend

-

Dauer

19.30 – 21.15 Uhr

Eröffnung

François Sandoz eröffnet die Versammlung und begrüsst die Anwesenden zur Budget-Gemeindeversammlung 2014. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig im Anzeiger erfolgt ist, in alle Haushalte verteilt wurde sowie die entsprechenden Unterlagen aufgelegt worden sind.

Er stellt die Mitglieder des Gemeinderates, Hans Jörg Känel, Max Kilcher, Pius Hässig, Michael Weintke und seine Wenigkeit sowie Max Auer vom Technischen Dienst und die Angestellten der Gemeindeverwaltung, Nicole Künzi (Gemeindeschreiberin) und Paul Schoenenberger (Finanzverwalter) vor. Er ist sehr erfreut darüber, dass der Gemeinderat endlich wieder vollzählig ist, wofür spontan applaudiert wird.

1. Wahl der Stimmenzähler

Da nur wenige Stimmberechtigte anwesend sind, schlägt François Sandoz vor, dass lediglich ein Stimmenzähler gewählt wird.

François Sandoz schlägt Kevin Bussmann als Stimmenzähler vor.

Da keine weiteren Vorschläge eingebracht werden, wird über die Wahl von Kevin Bussmann abgestimmt.

Er stellt fest, dass der Stimmenzähler gewählt ist.

Der Stimmenzähler zählt die Stimmberechtigten:

Es werden insgesamt 16 Stimmberechtigte gezählt.

Genehmigung der Traktandenliste:

François Sandoz geht nun zur Genehmigung der Traktandenliste über.

1. **Wahl des Stimmenzählers**
2. **Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 22.08.2013**
3. **Orientierung Finanzplan**
4. **Genehmigung folgender Investitionskredite:**
 - 4.1. Sanierung Drainageleitungen Fr. 50'000.--
5. **Festsetzen der Steuern und Gebühren**
6. **Genehmigung des Voranschlages für die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2014**
7. **Genehmigung Anpassung Feuerwehr-Reglement Feuerwehrverbund Egg**
8. **Wahl Revisionsstelle**
9. **Verschiedenes**

François Sandoz fragt in die Runde, ob eine Traktandenänderung gewünscht wird.

Da keine Änderungen gewünscht werden, schreitet François Sandoz zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, der Traktandenliste zuzustimmen

Die aufgezeigte Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 22. August 2013

Das Protokoll vom 22. August 2013 konnte während den Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung eingesehen und zusätzlich auf dem Internet unter www.baettwil.ch abgerufen werden.

Da es zum Protokoll keine Änderungen oder Anmerkungen gibt, wird sogleich zur Abstimmung geschritten.

Mit grossem Mehr, keiner Gegenstimme und zwei Enthaltungen wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 22. August 2013 genehmigt und an Nicole Künzi verdankt.

Hans Wenziker interessiert, was an der letzten Gemeindeversammlung beschlossen wurde und wäre über eine kurze Zusammenfassung dankbar.

François Sandoz sagt, dass es sich dabei um eine ausserordentliche Gemeindeversammlung gehandelt hat und es lediglich ein Traktandum gab. So wurde die Anpassung der Dienst- und Gehaltsordnung beschlossen. Das Hauptthema des Abends waren aber die Vakanz im Gemeinderat und die Folgen davon.

Hans Wenziker möchte noch wissen, was eine Einheitsgemeinde ist?

François Sandoz erklärt ihm, dass dies das Ergebnis einer „Fusion“ zwischen einer Einwohner- und einer Bürgergemeinde ist.

Yvonne Kilcher möchte noch darauf hinweisen, dass immer nach Gemeindeversammlungen ein Kurzbericht auf der Webseite aufgeschaltet wird, in dem über sämtliche Beschlüsse informiert wird.

3. Orientierung Finanzplan 2014 - 2018

François Sandoz gibt das Wort an Paul Schoenenberger, der den Finanzplan resp. die Finanzlage der Gemeinde erläutert. So ist damit zu rechnen, dass zum einen die Teuerung gegenüber den Vorjahren wie auch die Steuereinnahmen leicht steigen werden. Weiter ist davon auszugehen, dass bis im 2015 / 2016 rund 30 Einwohnern mehr als jetzt in Bättwil wohnen werden. In den Jahren 2016 bis 2018 muss nach einer kleinen Pause wieder mit grösseren Investitionen gerechnet werden. Es ist damit zu rechnen, dass die Nettoschuld je Einwohner bis im 2015 auf ca. Fr. 600.-- abnimmt, anschliessend aufgrund diverser Investitionen und unsicheren Faktoren wie zukünftiger neuer Finanzausgleich (NFA) und neues Rechnungsmodell HRM2 aber wieder auf Fr. 1'200.-- - Fr. 1'400.-- ansteigt. Die Ertragsüberschüsse in der laufenden Rechnung im 2015 / 2016 von jeweils ca. Fr. 300'000.-- sind auf die Erschliessungsbeiträge, die mit der Überbauung des Eichackers anfallen, zurückzuführen, was wiederum dazu führt, dass das Eigenkapital bis im 2016 zunehmen wird. All diese Punkte veranlassten den Gemeinderat zum Antrag, den Steuerfuss und die Gebühren auf dem bisherigen Satz zu belassen.

Hans Wenziker möchte wissen, ob im Finanzplan auch allfällige Kosten für das Fusionsprojekt berücksichtigt wurden, was von Paul Schoenenberger verneint wird.

François Sandoz sagt, dass im Budget keine Kosten dafür vorgesehen sind, da nicht davon ausgegangen wird, dass das Projekt sehr teuer werden wird.

Hans Wenziker ist der Meinung, dass wir beim Projekt Eichacker erst die Strassen erschliessen müssen, bevor wir die Erschliessungsbeiträge dafür erhalten.

Paul Schoenenberger weist noch darauf hin, dass in diesen Beträgen unter anderem auch die Kosten für die Lärmschutzwand etc. berücksichtigt sind.

François Sandoz sagt, dass die Gemeinde nur ca. 10 % der Kosten für die Erschliessung tragen muss, der Rest durch die Grundeigentümer finanziert wird. Ausserdem wurden die Grundstückgewinnsteuern vorsichtig eingerechnet.

Yvonne Kilcher möchte noch darauf hinweisen, dass das Wasser/Abwasser im Apfelweg schon erschlossen ist und deshalb die Kosten dieser Vorfinanzierung zurückfliessen werden.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Diskussion und bedankt sich an dieser Stelle noch bei Paul Schoenenberger für die geleistete Arbeit.

Genehmigung folgender Investitionskredit

4.1 Sanierung Drainageleitungen

Laut Hans Jörg Känel haben wir in unserer Gegend bekanntlich sehr kalkhaltiges Wasser. Diese Eigenschaft hat den Nachteil, dass in Drainageleitungen und Sauberwasserkanälen starke Kalkablagerungen entstehen. Damit diese Leitungen einwandfrei funktionieren, müssen sie relativ häufig gespült werden. Werden diese Unterhaltsarbeiten vernachlässigt oder nicht ausgeführt, besteht die Gefahr, dass die Kalkablagerungen im Laufe der Zeit sehr hart werden und man solche Schäden nur noch mit dem Ausfräsen oder mit einer totalen Sanierung der Leitungen beheben kann.

Unsere Gemeinde setzt jedes Jahr Fr. 4'000.-- für den Drainageunterhalt ein. Die Erfahrung zeigt nun, dass dieser Betrag für einen einigermaßen ansprechenden Unterhalt der Drainage- und Sauberwasserkanäle zu niedrig ist. Wegen der angespannten finanziellen Lage der Gemeinde wurde dieser Betrag in den letzten Jahren nicht erhöht, mit dem Nachteil, dass Unterhaltsarbeiten zurückgestellt werden mussten.

Um grössere Schäden an unseren Drainageleitungen und Sauberwasserkanälen zu vermeiden, will der Gemeinderat mit dem beantragten Investitionskredit von Fr. 50'000.-- in den Jahren 2014 und 2015 die zurückgestellten Unterhaltsarbeiten ausführen. Betroffen von diesen Unterhaltsarbeiten sind alle Leitungen der Gemeinde.

Der Gemeinderat hofft, dass mit diesem Kredit alle vorgesehenen Arbeiten ausgeführt werden können, möchte aber erwähnen, dass bei solchen Arbeiten oft weitere, bisher unbekannte Schäden sichtbar werden.

Alfred Gschwind sagt, dass wir die Güterregulierung abgeschlossen und dafür vom Kanton einen gewissen Betrag erhalten haben. Daher fragt er sich, wieso diese Sanierung der Drainageleitungen nicht zu diesem Zeitpunkt vorgenommen wurde und ob wir jetzt erneut einen Beitrag vom Kanton einfordern können?

Hans Jörg Känel erklärt, dass der Kanton die Sanierungskosten für die Leitungen erst übernommen hat, wenn die Leitungen schon zu mehr als 50% verstopft waren. Darunter wurde deshalb keine Sanierung durchgeführt.

Alfred Gschwind sagt, dass dies nur bei den Drainageleitungen, nicht aber bei den Saugleitungen auf dem Feld möglich ist.

Hans Jörg Känel möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Unterhalt der Saugleitungen gemäss gültigem Flurreglement Sache der Grundeigentümer ist.

Margrit Randin möchte wissen, wer die Arbeiten ausführen wird?

Hans Jörg Känel kann diese Frage noch nicht beantworten. Er sagt aber, dass es eine Submission geben wird.

Hans Wenziker möchte wissen, ob solche Drainageleitungen in der Landwirtschaftszone überhaupt nötig sind?

Hans Jörg Känel möchte nochmals darauf hinweisen, dass die Saugerleitungen Sache der Grundeigentümer, die Abwasserleitungen aber Sache der Gemeinden sind. Bei den besagten Drainageleitungen handelt es sich um solche, die zum Teil in den 30er Jahren erstellt wurden. Ob diese heute auch noch so erstellt werden würden ist fraglich, aber wir sind trotzdem dazu verpflichtet, diese Leitungen zu unterhalten.

Alain Randin möchte wissen, wieso wir gerade einen Investitionskredit von Fr. 50'000.-- beantragen und ob wir dafür einen Spezialisten beigezogen haben?

Hans Jörg Känel sagt, dass es sich dabei um eine Schätzung handelt, die von ihm und dem Technischen Dienst stammt. Da wir aber nicht wissen, wie es in den Leitungen aussieht, kann er zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht abschätzen, ob wir möglicherweise noch eine Überraschung erleben werden.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schreitet der Gemeinderat sogleich zur Abstimmung.

11. Dezember 2013

Der Gemeinderat beantragt dem entsprechenden Investitionskredit für die Sanierung der Drainageleitungen mit Kosten von Fr. 50'000.-- zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt dem Investitionskredit für die Sanierung der Drainageleitungen mit Kosten von Fr. 50'000.-- einstimmig zu.

5. Festsetzen der Steuern und Gebühren

François Sandoz gibt das Wort an Paul Schoenenberger für die Erläuterung der wesentlichen Gründe für die Beibehaltung der bisherigen Steuern und Gebühren.

Das Budget 2014 der laufenden Rechnung sieht einen Einnahmenüberschuss von Fr. 48'298.-- vor, was gegenüber dem Vorjahresbudget eine Verbesserung um rund Fr. 240'000.-- ergibt. Wesentlich dazu beigetragen haben eine vorsichtig optimistische Einschätzung der Entwicklung der Steuereinnahmen sowie die erstmalige Ausrichtung durch den Kanton von einem Beitrag von Fr. 91'900.-- aus dem Finanzausgleich.

Zu dieser Verbesserung haben folgende Positionen geführt:

➤ Kantonsbeitrag Schulleitung (Vorjahr irrtümlich nicht budgetiert)	50'000.--
➤ Tiefere Kosten für Sonderschüler	32'000.--
➤ Höhere Steuereinnahmen angenommen	200'000.--
➤ Tieferer Beitrag an Kanton (Ergänzungsleistungen)	55'000.--
➤ Tiefere Kosten im Bereich Verkehr	56'000.--
➤ Beitrag aus dem Finanzausgleich	92'000.--

Allerdings wirken sich einige Mehraufwendungen ebenfalls aus:

➤ Höhere Entschädigungen Gemeinderat gegenüber 2013	18'000.--
➤ Höhere Sozialkosten (Allgemeine Sozialhilfe)	114'000.--
➤ Vorfinanzierung Sanierung Kugelfang	30'000.--
➤ Höhere Kosten Schulkreis Bättwil-Witterswil	26'000.--
➤ Kosten Ortsplanungsrevision	20'000.--
➤ Tiefere Subvention Lehrerbesoldung	35'000.--

Trotz des positiven Budgets 2014 hat der Gemeinderat beschlossen, für 2014 den Steuerfuss für natürliche und juristische Personen bei 130 % zu belassen. Es ist zurzeit schwer abzuschätzen, wie sich die Sozialkosten weiter entwickeln werden. Auch ist noch unklar, wie sich der vorgeschlagene, neue Finanzausgleich auf unsere Rechnung auswirken wird. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass der Beitrag aus dem Finanzausgleich einmalig sein wird. Positiv ist hingegen zu erwähnen, dass die Kosten in mehreren Bereichen reduziert werden konnten.

Pius Hässig möchte noch ergänzen, dass die Rechnung 2013 vermutlich etwas besser abschliessen wird als budgetiert. Dies dank einer positiven Entwicklung der Einnahmen aber auch der Ausgaben. Hinzu kommt, dass es Kostenreduktionen in nicht beeinflussbaren Bereichen wie Sonderschüler und Ergänzungsleistungen gab und mit gleichbleibenden Steuererträgen wie im 2013 gerechnet wurde, die aber schlussendlich höher ausgefallen sind als budgetiert.

Alfred Gschwind geht auf den Beitrag aus dem Finanzausgleich ein. Bättwil hat den höchsten Steuersatz im hinteren Leimental, daher möchte er wissen, was die umliegenden Gemeinden aus dem Finanzausgleich bekommen?

Paul Schoenenberger erklärt, dass Witterswil, Hofstetten-Flüh und Rodersdorf an den Finanzausgleich bezahlen und nicht wie wir einen Beitrag davon bekommen. Nur Metzleren-Mariastein erhält auch einen Beitrag aus dem Finanzausgleich.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz sogleich zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt die Zustimmung folgender Steuerfüsse und Gebühren:

- a) Gemeindesteuern unverändert für natürliche und juristische Personen bei 130 % belassen**
- b) Sämtliche Gebühren (Abfall, Wasser und Abwasser) unverändert belassen**

Die Gemeindeversammlung stimmt dem Steuerfuss von 130 % (unverändert) für natürliche und juristische Personen wie auch den unveränderten Gebühren für das Jahr 2014 einstimmig zu.

6. Genehmigung des Voranschlages für die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2014

François Sandoz gibt das Wort an Pius Hässig, der das Budget resp. die wesentlichen Veränderungen gegenüber den Vorjahren anhand diverser Folien erläutert. Er sagt, dass das Budget der laufenden Rechnung 2014 einen Einnahmenüberschuss von Fr. 48'298.-- bei Ausgaben von Fr. 6'656'687.-- und Einnahmen von Fr. 6'704'985.-- vorsieht.

Die Investitionsrechnung sieht Nettoinvestitionen von Fr. 348'500.-- bei Ausgaben von Fr. 521'500.-- und Einnahmen von Fr. 173'000.-- vor.

Das Budget des Zweckverbandes Schulen Leimental sowie des Schulkreises Witterswil-Bättwil können ebenfalls auf der Homepage der Gemeinde heruntergeladen werden.

Laut François Sandoz sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr folgende:

- keine Teuerung jedoch Stufenanstieg für das Gemeindepersonal im 2014
- Stellenplan unverändert (Pensen)
- Erhöhung Entschädigung Gemeinderat (+ Fr. 18'000.--)
- Erhöhung Entschädigung Kommissionen und Feuerwehr (+ Fr. 5'000.--)
- Beitrag aus dem Finanzausgleich (+ Fr. 92'000.--)
- Steuereinnahmen (+ Fr. 200'000.--)
- Reduktion Kosten Sonderschüler, Verkehr und Ergänzungsleistungen (- Fr. 143'000.--)
- Höhere Sozialkosten (+ Fr. 114'000.--)
- Vorfinanzierung Sanierung Kugelfang (+ Fr. 30'000.--)
- Kosten Ortsplanungsrevision (+ Fr. 20'000.--)
- Stabile Bildungskosten (Schulkreis und ZSL)

François Sandoz fragt die Versammlung, ob darauf verzichtet werden kann, dass alle Hauptpositionen vorgelesen werden, was einstimmig bejaht wird.

Monika Bussmann möchte wissen, weshalb der Beitrag an die Jugendarbeit gesenkt wurde? Paul Schoenenberger sagt, dass wir im 2013 von höheren Kosten ausgegangen sind, der jetzige Betrag aber den Vorjahren entspricht. Der Betrag im 2013 wird hingegen nicht ausgeschöpft werden.

Monika Bussmann fragt sich, ob die Kosten für die Steuerabschreibungen wohl irgendwann einmal reduziert werden können?

Laut Paul Schoenenberger ist dies eher weniger der Fall, da die Gefahr gross ist, dass wir bei Betreibungen Verlustscheine erhalten. Daher werden auch viele Teilzahlungen / Stundungen genehmigt.

Pius Hässig ist, obwohl er erst seit kurzem das Amt als Gemeinderat angetreten hat, schon oft mit dieser Frage konfrontiert worden. Es wird jeweils versucht, mit diesen Personen einen Abzahlungsplan zu vereinbaren.

Alfred Gschwind denkt, dass es riskant wäre, zum jetzigen Zeitpunkt die Steuern zu senken, da wir im 2016 und 2017 mit erheblichen Mehrkosten rechnen müssen.

François Sandoz teilt diese Meinung und sagt, dass noch unklar ist, was der neue Finanzausgleich für Bättwil bedeutet. Nach jetzigem Stand müssten wir allerdings zwischen Fr. 150'000.-- und Fr. 200'000.-- an den Finanzausgleich bezahlen.

Pius Hässig möchte noch erwähnen, dass die jetzige pro-Kopf-Verschuldung nicht schlecht ist und dass das Ziel, in ein paar Jahren die Steuern zu senken, weiter verfolgt wird.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schreitet Paul Schoenenberger zur Investitionsrechnung 2013 und erwähnt, dass die jährlichen Kosten für die Erweiterung des OZL in der Höhe von Fr. 52'000.-- sowie werterhaltende Investitionen für das ZSL von Fr. 60'000.-- getätigt werden müssen.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz sogleich zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, den Voranschlag der laufenden Rechnung 2014

- mit Einnahmen von Fr. 6'704'985.--
- und Ausgaben von Fr. 6'656'687.--
- bei einem resultierenden Einnahmenüberschuss von Fr. 48'298.--

zu genehmigen.

Die Gemeindeversammlung stimmt dem Voranschlag der laufenden Rechnung mit einem resultierenden Einnahmenüberschuss in der Höhe von Fr. 48'298.-- einstimmig zu.

Der Gemeinderat beantragt, dem Voranschlag der Investitionsrechnung 2014

- mit Einnahmen von Fr. 173'000.--
- und Ausgaben von Fr. 521'500.--
- bei einem resultierenden Ausgabenüberschuss von Fr. 348'500.--

zu genehmigen.

Die Gemeindeversammlung stimmt der Investitionsrechnung mit einem resultierenden Ausgabenüberschuss von Fr. 348'500.-- mit grossem Mehr und einer Enthaltung zu.

7. Anpassung Feuerwehreglement

Vor der Fusion der Feuerwehren von Witterswil und Bättwil zum Feuerwehrverbund Egg waren die Altersgrenzen für die Dienstpflicht in den zwei Gemeinden unterschiedlich. Während in Witterswil die Dienstpflicht bis 42 Jahre galt, war man in Bättwil bis 45 Jahre dienstpflichtig. Bei der Fusion wurde im Feuerwehreglement festgehalten, dass diese Differenz bis Ende 2014 zu bereinigen sei. Nachdem Witterswil Ende 2012 beschlossen hat, die Dienstpflicht auf 45 Jahre anzuheben, muss nun das Feuerwehr-Reglement an diese neue, einheitliche Regelung angepasst werden. Der Absatz 8 „Dienstdauer G § 77“ lautet dementsprechend neu:

„Die Feuerwehrdienstpflicht beginnt in dem Jahre, in welchem das 21. Altersjahr vollendet wird, und hört mit dem Jahre auf, in welchem das 45. Altersjahr vollendet wird.“

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

Yvonne Kilcher möchte wissen, ob die Feuerwehrpflichtigen von Witterswil und Bättwil den gleichen Sold erhalten, was von François Sandoz bejaht wird. Er sagt, dass dies seit der Fusion so gehandhabt, wobei sich der Sold an die Regelung von Bättwil angelehnt hat. Deshalb wurde dieser ebenfalls nach der Erhöhung anlässlich der letzten Gemeindeversammlung von Fr. 26.90 auf Fr. 30.-- pro Stunde angepasst.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, fragt er, ob das Reglement aufgelegt werden soll, was aber verneint wird. Daher schreitet er sogleich zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, der Anpassung des Feuerwehr-Reglements zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt der Anpassung des Feuerwehr-Reglements einstimmig zu.

8. Wahl Revisionsstelle

Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) hat nach der Durchführung der letzten Revision in der Amtsperiode 2009-2013 beschlossen, die aktuelle Lösung mit einer reduzierten RPK und einer aussenstehenden Fachstelle, welche bei der Revision der Rechnung mitwirkt, weiterzuführen.

Somit, und zusätzlich zur Wahl der RPK selbst, muss nun die Gemeindeversammlung die aussenstehende Fachstelle neu wählen. Die RPK schlägt vor, Herrn Ruefer der Firma Ruefer & Partner GmbH für die nächsten 4 Jahre wiederzuwählen. Die Zusammenarbeit mit Herrn Ruefer hat sich bewährt und ist effizient. Die reduzierte RPK (hatte nur 3 Mitglieder in der Amtsperiode 2009-2013) ist somit fachlich sehr gut unterstützt und beraten. Sofern die RPK wiederum mit mindestens 3 Personen besetzt werden kann (Ersatzwahl für die Vakanzen läuft), empfiehlt die RPK diese Lösung fortzusetzen. Herr Ruefer hat für die neue Amtsperiode eine Offerte abgegeben, die auf der Erfahrung der letzten Jahre basiert und dem aktuellen Kostenstand angepasst wurde. Es ist somit für die externe Revisionsstelle mit Kosten von Fr. 5'700.--/Jahr zu rechnen.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

Da keine Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz sogleich zur Abstimmung.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt, der Wahl von Herrn Ruefer als aussenstehende Fachstelle, welche gemäss § 35.3 der Gemeindeordnung mit der RPK mitwirkt, zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt der Wahl von Herrn Ruefer als aussenstehende Fachstelle, welche gemäss § 35.3 der Gemeindeordnung mit der RPK mitwirkt, einstimmig zu.

9. Verschiedenes

Zum Schluss kündigt François Sandoz eine ausserordentliche gemeinsame Gemeindeversammlung mit Witterswil an, welche am 22. Mai 2014 stattfinden wird. Der Souverän beider Gemeinden wird – nach gemeinsamer Information und Diskussion – natürlich einzeln darüber befinden können, ob der Gemeinderat mit weiteren Abklärungen zu einer allfälligen späteren Gemeindefusion betraut wird, das heisst, ob die Planung eines Fusionsprojektes aufgenommen werden soll oder nicht.

Hans Wenziker möchte wissen, ob für diese Gemeindeversammlung eine Präsentation geplant ist, an der die Vor- und Nachteile einer Fusion aufgeführt werden?

François Sandoz sagt, dass ein Fusionsbeauftragter des Kantons Solothurn anwesend sein und Fragen zu diesem Thema beantworten wird. Der Gemeinderat wird hingegen auf die Ausgangslage und die Rahmenbedingungen eines Fusionsprojektes eingehen. Sie wollen aber noch keine Vor- und Nachteile aufzeigen, da sich diese erst während der Ausarbeitung des Fusionsprojektes ergeben werden.

Hans Wenziker interessiert, ob auch bereits über Kosten gesprochen wird?

François Sandoz denkt, dass ein Planungskredit für die Durchführung des Fusionsprojektes beantragt werden könnte, was zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht sicher ist.

Yvonne Kilcher findet dieses Vorgehen sinnvoll, denn so werden nicht schon Arbeitsstunden geschneit, obwohl noch nicht klar ist, ob die Bevölkerung ein solches Projekt überhaupt befürwortet.

Carlo Andreatta möchte noch wissen, ob sich der Gemeinderat schon überlegt hat, Arbeitsgruppen zu gründen, falls die Bevölkerung einem Fusionsprojekt zustimmt?

François Sandoz verneint und sagt, dass im Januar ein erstes Treffen unter den Gemeinderäten stattfindet, an dem das Vorgehen diskutiert wird.

René Walser stellt den Antrag, dass das Bärmsleblatt künftig wieder in alle Haushalte verteilt wird. Dies aufgrund dessen, dass zum einen nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner einen Internetzugang haben und andere wiederum nicht eine Druckversion auf der Gemeindeverwaltung bestellen möchten. Bezüglich der Kosten ist er der Meinung, dass das Papier, das Porto und der Aufwand für die Angestellten, die Exemplare zu drucken und zu verpacken, auch nicht gratis sind. Ausserdem kann er sich vorstellen, dass es mehr Interessenten geben würde, wenn das Bärmsleblatt wieder in alle Haushalte verschickt wird.

Michael Weintke möchte hierzu erwähnen, dass der Gemeinderat sich ebenfalls mit diesem Thema auseinandergesetzt hat und es hierzu verschiedene Meinungen gibt. Er selber möchte sich dieser Sache annehmen und das Ziel verfolgen, dass das Bärmsleblatt selbsttragend wird. Er wird dem Gemeinderat einen entsprechenden Vorschlag innerhalb der ersten zwei Monate des Jahres 2014 vorlegen, so dass sie gemeinsam eine Lösung ausarbeiten können.

Alfred Gschwind weiss, dass wir bereits einmal über dieses Thema diskutiert haben und der Gemeinderat dabei erwähnt hat zu prüfen, ein gemeinsames Heft mit Witterswil herauszubringen. Er denkt, wir sollten diese Idee neu aufgreifen.

Yvonne Kilcher möchte hierzu erwähnen, dass eine Zusammenarbeit mit Witterswil geprüft wurde. Da das Heft von Witterswil pro Jahr 11-mal und das von Bättwil nur 5-mal erscheint (und Witterswil nicht bereit ist, ihre Auflage zu reduzieren) könnten wir die Arbeit nicht fair aufteilen. Ausserdem hätten wir immer den kleineren Teil, da wir hier in Bättwil nicht sehr viele Einwohnerinnen und Einwohner haben, die eigene Beiträge veröffentlichen möchten.

René Walser denkt, dass bei diesen Überlegungen auch die älteren Personen berücksichtigt werden sollten.

11. Dezember 2013

Yvonne Kilcher findet den Versand, wie er zurzeit gehandhabt wird, auch nicht sinnvoll. Damit das Heft aber selbsttragend sein könnte, müssten die Inseratenpreise erhöht werden.

Da keine weiteren Fragen gestellt oder Anregungen geäußert werden, schliesst François Sandoz die Gemeindeversammlung um 21.15 Uhr und wünscht allen Anwesenden eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit.

Der Gemeindepräsident:

Die Gemeindegeschreiberin:

F. Sandoz

N. Künzi